Nr. 179. Halle (Saale), Freitag, den 2. August 1918. 29. Jahrg.

Volksblatt

Bezugspreis: Monatl. 1,— Mk. frei Haus, bei Postbezug ab Postamt monatlich 1,— Mk., vierteljährl. 3,—Mk. Für Zustellung durch Postboten monatlich 14 Pfg., vierteljährl. 42 Pfg. Bestellgebühr extra. Für Kriegerfamilien 80 Pfg. Bezugspreis monatlich.
Erscheinungsweise: Jeden Werktags, nachmitt.
Verlag u. Buchhandlung: Halle (Saale), Harz 42-44. Geöffnet von 7½ morgens bis 5 Uhr nachmittags. Fernsprechanschluß Nr. 1047. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 16106.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene, 30 mm breite Kolonelzeile kostet 30 Pfg. Der Preis für die 97 mm breite Reklamezeile beträgt 1,— Mk.
Anzeigen für die nächste Ausgabe bis morgens 9 Uhr, größ. am Tage vorher erbet.
Schriftleitung: Halle (Saale), Harz 42-44. Fernsprechanschluß Nr. 1045. Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.
Geschäftliche Anfragen, Bestellungen und Mitteilungen richte man nur an den Verlag, Fernspr. Nr. 1047.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 1. August 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht: Zwischen Ypern und Balleul am frühen Morgen vorübergehend lebhafter Feuerkampf. Die tagsüber mäßige Artillerietätigkeit lebte am Abend an vielen Stellen der Front in Verbindung mit Erkundungsgefechten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz: Oestlich von Fere-en-Tardenois setzte der Franzose am Nachmittage wiederholt zu heftigen Teilangriffen an. Wir warfen den Feind im Gegenstoß in seine Ausgangslinie zurück. An der übrigen Kampffront Artilleriefeuer wechselnder Stärke. Kleinere Vorfeldgefechte.

Nordöstlich von Perthes versuchte der Feind nach starker Feuervorbereitung den ihm am 30. Juli entrissenen Stützpunkt wieder zu nehmen, er wurde unter Verlusten abgewiesen. Erfolgreicher eigener Vorstoß im Fichtelberge und in den Argonnen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht. Infanteriegefechte an der Mosel und am Parov-Walde. Wir machten hierbei Gefangene.

Der Gegner verlor gestern an der Front im Luftkampf und durch Abschuß von der Erde aus 25 Flugzeuge. Weiterhin wurde ein im Angriffsfluge gegen Saarbrücken befindliches englisches Geschwader von sechs Groß-Kampfflugzeugen von unseren Front- und Heimats-Jagdkräften, bevor es seine Bomben abwerfen konnte, vernichtet. Aus einem zweiten ihm folgenden Geschwader schossen wir ein weiteres englisches Groß-Kampfflugzeug ab.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

(Wiederholt, da nur in einem Teile der gestrigen Auflage.)

•

Oesterreichische Erfolge in Albanien.

Wien, 1. August. (Amtlich.) Italienischer Kriegsschauplatz. Geschützkampf und Erkundungstätigkeit waren gestern an ganzer Südwestfront sehr rege.

Albanien. Die von unseren albanischen Kräften vor Wochenfrist aufgenommenen Angriffe zwangen nach vergeblichen Gegenangriffen den Italiener nordwestlich und nordöstlich von Berat, seine ersten Linien und beträchtliches Gelände dahinter auf 30 Kilometer Frontbreite preiszugeben. Unsere braven Truppen, deren Kampfleistungen um so höher zu bewerten sind, als ihnen Hitze und klimatische Verhältnisse große Mühsale auferlegen, folgen dem weichenden Gegner. Der Chef des Generalstabes.

Vier Jahre Kriegsbeute der Mittelmächte.

Berlin, 1. August. (Offiziös.) Die Zahl der in den Lagern der Mittelmächte befindlichen Gefangenen beträgt am Ende des vierten Jahres über **3 800 000 Mann**, davon sind allein in Deutschland rund 2 300 000 Mann. Das letzte Kriegsjahr hat die Gefangenenzahl um fast 840 000 Mann **vermehrt**.

Das eroberte Kriegsmaterial des vergangenen Jahres hat die bisherige Beute auf folgende ungeheuere Zahlen erhöht: An Stelle der bis zum 2. August 1917 erbeuteten 12 156 Geschütze sind es nunmehr fast 28 000, anstatt der 8352 Maschinengewehr fast 38 000, das heißt das Viereinhalbfache, während sich die Zahl der Fahrzeuge von 10 640 mit einer Erhöhung um 65 000 versiebenfacht hat. An Panzerwagen sind, ungerechnet die vernichteten, 365 in deutsche Hand gefallen, davon allein im letzten Jahre 300. Dazu kommen seit dem 1. August 1917 rund eine Million Gewehre, über sechs Millionen Schuß Artillerie- und 200 Millionen Schuß Infanteriemunition, rund 2000 Lokomotiven und 28 000 Eisenbahnwagen.

Zahlenmäßig gar nicht festzulegen sind die durch die deutschen Offensiven im Westen und Osten seit einem Jahre den Feinden zugefügten ungeheueren Verluste an eingebautem Material aller Art, Eisen, Beton, Draht, an Baracken, Feldlagern und Lazaretten, Pionierparks, Bekleidungs- und Ausrüstungsmagazinen, Feldbahngerät und Brennstoffen. Aus all diesem ergibt sich, wie weit die deutsche Heeresleitung ihr Ziel, die Schwächung der Kampfkraft des Verbandes, erreicht hat. Zugleich ist das Volksvermögen des Verbandes um viele Milliarden Werte verringert. (W. T. B.)

Kriegsschiffsverluste der Entente in vier Kriegsjahren

Berlin, 1. August. (Offiziös.) Im Laufe dieser vier Kriegsjahre haben die feindlichen Flotten verloren: 25 Linienschiffe, 26 Panzerkreuzer, 45 geschützte Kreuzer, 187 Zerstörer und Torpedoboote, 87 U-Boote, 23 Kanonenboote und Monitore, 75 Hilfskreuzer.

Das sind weit mehr Schiffseinheiten als unsere Hochseeflotte bei Kriegsausbruch besaß. Sie bestand am 1. August 1914 aus: 33 Linienschiffen, 12 Panzerkreuzern, 33 geschützten Kreuzern, 10 Kanonenbooten, 166 Torpedobooten, 28 U-Booten.

Gegenüber den großen Verlusten der Gegenseite braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß Deutschland seit Kriegsbeginn nur ein Linienschiff verloren hat, die in der Skagerrakschlacht gesunkene Pommern. Des weiteren ist die große Zahl verlorener feindlicher Hilfskreuzer, Zerstörer und U-Boote bemerkenswert. Von ihnen wurden allein im vierten Kriegsjahr von den Flotten der Mittelmächte oder durch andere Ursachen versenkt: 68 Zerstörer, 25 U-Boote, 24 Hilfskreuzer. Der Unterseebootskrieg macht sich also besonders in diesen Einheiten der uns gegenüberstehenden Flotten bemerkbar. (W. T. B.)

Durch U-Boote versenkt. Berlin, 1. August. (Amtlich.) Im **Kanal** und an der Westküste Frankreichs wurden fünf Dampfer aus teilweise stark gesicherten Geleitzügen herausgeschossen, zusammen 16 000 Br.-R.-T. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Amerikaner an der Westfront. Wie die Basler Nachrichten melden, ist die Zahl der Amerikaner an der französischen Front äußerst gering. Man schätzt sie auf 150 000 Mann. (?) Wohl sollen noch einige Divisionen an stilleren Frontabschnitten, so in den Vogesen, sich befinden, aber es kann sich hier auch nur, wie gesagt, um einige Divisionen handeln. Französische Zeitungen behaupten, daß täglich 10 000 Amerikaner in Frankreich eintreffen und jetzt bereits mehr als eine Million Mann sich in Frankreich befindet. Wenn diese Angaben zutreffen, sind neun Zehntel der Amerikaner hinter der Front, während nur ein Zehntel an der Front Verwendung findet.

Die Hoffnung auf Frieden!

Wien, 1. August. Die Mittagszeitung meldet aus Rotterdam: Am 29. Juli hielt Balfour in London eine Rede zu den Gewerkschaften, die damit schloß, daß der Krieg nicht mehr lange dauern werde und daß bereits Friedensvorzeichen am Horizont sich bemerkbar machten.

London, 1. August. (Reuter.) Im Unterhause fragte Lee Smith, ob vom Feinde in der letzten Zeit eine Anregung oder Vorschläge in Friedensverhandlungen einzutreten, eingegangen seien. Staatssekretär des Auswärtigen Balfour antwortete: Nein. Keine feindliche Regierung ist an uns herangetreten. (W. T. B.)

Nationalrat der französischen Sozialisten.

Die Niederlage der Regierungssozialisten

Diese Ueberschrift setzt die Frankf. Ztg. über den folgenden, ihr aus Genf zugehenden Bericht: In den Lyoner Zeitungen von heute nacht liegen die ersten ausführlichen Berichte über die Verhandlungen des Nationalrates der sozialistischen Partei Frankreichs vor. Es ergibt sich daraus, daß die Regierungssozialisten durch die von dem Abgeordneten Longuet geführte Minderheit endgültig geschlagen worden sind. Longuet hatte am Sonntag die Auffassung der bisherigen Minderheit in einer Rede vertreten, die von dem größten Teil der Versammlung mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Er hatte in ungemein scharfer Weise Stellung genommen gegen die 41 Regierungssozialisten, die jede Friedenspolitik ablehnen, solange der Feind im Lande stehe, und die selbst auf eine neue Allianz mit dem neuen Rußland hinarbeiten gegen die Friedenspolitik der Bolschewiki. Longuet schloß seine Rede mit dem Rufe: **Krieg dem Kriege!**

Die Regierungssozialisten, vertreten durch Albert Thomas und Renaudel, bemühten sich, die Kompromißbeschlüsse der voraufgegangenen Parteitage aufrechtzuerhalten. Die Kommission, die den Auftrag hatte, eine vermittelnde Tagesordnung ausfindig zu machen, verhandelte in der Nacht und am Montag morgen bis zum Nachmittag, ohne eine Versöhnungsformel zu finden, und infolgedessen legten sich bei der Abstimmung die verschiedenen Gruppen auf ihr eigenes Programm fest.

Die Tagesordnung Longuet gibt der Ueberzeugung Ausdruck, **daß der Frieden** nur durch den internationalen **Sozialismus erreicht** werden kann. Infolgedessen müßten die Sozialisten **jeder Regierung die Gefolgschaft verweigern, die das Zustandekommen eines internationalen Parteitages verhindere, oder auf den Sturz der sozialistischen Regierung Rußlands hinarbeite.** Die Tagesordnung tadelt sodann die 41 sozialistischen Abgeordneten, die sich der Gewaltpolitik der Regierung angeschlossen haben, und betont die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Parteidisziplin. Die Tagesordnung Longuet erhielt bei der Endabstimmung mit 1544 Mandatsstimmen die absolute Mehrheit. Die Tagesordnung Renaudel brachte es auf 1172 Stimmen, die Tagesordnung des Zimmerwalders Lorriot auf 152 Stimmen. 96 Delegierte enthielten sich der Abstimmung. Da die Tagesordnung Lorriots eine **rücksichtslose Friedenspolitik** verlangt, so ergibt sich, daß der rechte Flügel der Partei, d. h. die Regierungssozialisten, vollständig in die Minderheit geraten sind.

Die Thomas-Gruppe brachte **keine eigene** Tagesordnung ein. In der Debatte, die der Abstimmung über die Tagesordnung voraufgegangen war, machte eine Rede Pressemanes großen Eindruck. **Zu den Kriegshetzern** um Varenne, Thomas, Compère-Morel gewendet, rief Pressemane aus: „Morgen muß ganz Frankreich wissen, **daß die gesamte Partei gegen Euch ist!**"

Der Nationalrat beschloß, **binnen zweier Monate einen neuen Kongreß** abzuhalten und die Debatten über die **Politik wieder** aufzunehmen.

Aus den Verhandlungen geht hervor, daß die Parteiführer des rechten Flügels sehr weitgehende Zugeständnisse gemacht haben, um die Einigkeit der Partei aufrechtzuerhalten. Um so deutlicher tritt die Erscheinung hervor, daß die sozialistische Partei Frankreichs sich immer mehr von der Kriegspolitik ihrer alten Führer abwendet, d. h. daß die Arbeiterbevölkerung trotz des Blühens der Kriegsindustrie immer lauter nach Frieden ruft.

•

Urteile der französischen Parteipresse.

Bern, 31. Juli. (W. T. B.) Die Humanité, das Organ der alten sozialistischen Mehrheit, äußert sich über das Ergebnis der Abstimmung sehr zurückhaltend. Renaudel schreibt, der Sieg der Minderheit sei zu erwarten gewesen; er wünscht eine Nachprüfung des Abstimmungsergebnisses auf dem Nationalkongreß. Es sei bedauerlich, daß eine Einigung auf einen einheitlichen Antrag nicht erzielt worden sei. Mehrheit und Minderheit seien Kräfte, die sich die Wagschale hielten.

Im Populaire äußert sich Longuet gegen diese Auffassung und berechnet die Stärke der Minderheit auf acht Zehntel des organisierten Sozialismus Frankreichs. Es sei kein Zweifel mehr möglich, daß der Minderheitsantrag die Absichten der großen Arbeiter- und Bauernmassen des Landes zum Ausdruck bringe. Der kommende Nationalkongreß könne den **heißen Wunsch der Massen auf den Völkerfrieden und die Wiederherstellung der Internationale** nur mit neuer Kraft bestätigen.

France Libre schreibt, die Politik der nationalen Verteidigung und die Auffassung vom gerechten, dauerhaften Frieden habe eine schwere Schlappe erlitten.

Die bürgerliche Presse, allen voran der Temps, stellt das Abstimmungsergebnis mit Bedauern fest.

Die „Entscheidungsschlacht"

gegen die Sozialdemokratie.

Die Kaisertreuen gehen „aufs Ganze".

Vor wenigen Tagen erst hat der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie einen Werbe- und Geldsammel-Aufruf losgelassen, in dem die Kriegsmillionäre zum Zusammenschluß gegen die Sozialdemokratie aufgefordert wurden, um den „Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft zu verhüten". Ihm ist jetzt der „Bund der Kaisertreuen" mit einem ähnlichen Aufrufe gefolgt, der dem Vorwärts auf den Redaktionstisch geflogen ist. Er geht ebenfalls von den „Edelsten, Besten" und Reichsten der Nation aus und richtet sich gleichfalls an alle die, die in „ihren heiligsten Gütern" den Bestand des „heißgeliebten Vaterlandes" durch die Sozialdemokratie bedroht fühlen. Wer da noch nicht weiß, was eigentlich der „Bund der Kaisertreuen" ist, dem sei gesagt, daß sich der „Bund" selbst als „die innerpolitische Ergänzung der Vaterlandspartei" bezeichnet. Hören wir, was er will; der von ihm verschickte Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Berlin-Schöneberg, Vorbergstr. 4.
Sommer 1918.

Deutsche!

Die Sozialdemokratie, dem deutschen Wesen fremd wie ihr Name der deutschen Sprache, rüstet zur Entscheidungsschlacht. Millionen zählt das Heer der Irregeleiteten, trefflich sind sie organisiert, überreich mit Munition versehen. Seit etwa Jahresfrist zahlen die sozialdemokratischen Arbeiter an ihre Kassen jede Woche je 2,50 Mk. Das macht, wenn man die in der Heimat zurückgebliebenen sozialdemokratischen Arbeiter nur auf eine halbe Million einschätzt, im Jahr insgesamt 65 Millionen Mark! **Unterstützung wird ihnen durch die 600 Millionen Dollars = 2400 Millionen Mark, die in Nordamerika gesammelt wurden, um durch Erregung von Parteihader und Zwietracht die innere Kraft des deutschen Volkes zu lähmen.**

Scheidemann hat im Vorwärts den Hetzkampf verkündet und dem Wort die Tat auf dem Fuße folgen lassen, indem er die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage mit der Verringerung der Brotration zu einem eklen Brei zusammenrührte. Erzberger braut nach demselben Rezept seine Artikel in der Germania.

Die Regierung **Bethmann Hollwegs** hat der Sozialdemokratie durch die Osterbotschaft die denkbar günstigste Lage geschaffen. Die Rechte der **Krone** wurden verschleudert. Die Regierung selbst leitete die **Demokratisierung Preußens** ein, der diejenige der anderen deutschen Bundesstaaten unmittelbar auf dem Fuße folgen wird. **Bismarck** nannte die Demokratie die Vorfrucht der Sozialdemokratie. **Er hatte recht.** Die Demokratisierung Deutschlands wird die Vorfrucht der Sozialdemokratisierung sein. **Das** alte Preußen, das alte Deutschland, auf monarchischem Boden erwachsen und seinem ganzen Wesen nach monarchisch durch und durch, wird zugrunde gehen. An seiner Stelle wird ein republikanisches Staatswesen erstehen, das haltlos schwankend, ohne festen Boden unter den Füßen, zum Spielball der feindlichen Mächte herabsinken wird, wie der Deutsche zum Lohnsklaven fremder Industrie und fremden Handels!

So wird und muß es kommen, wenn nicht das deutsche Volk mannhaft und kraftvoll dem drohenden Unheil sich entgegenstemmt!

Von den Vereinigungen, welche außerhalb des Rahmens der vaterländischen Parteien zum unbeengten Kampf gegen die inneren Feinde begründet wurden, führen die meisten, sich als Selbstzweck betrachtend, ein friedliches Schlummerdasein. Nur wenige kämpfen tatkräftig gegen das verderbenbringende Treiben, unter ihnen an erster Stelle unser **Bund der Kaisertreuen.**

Wir haben durch die Massenverbreitung unserer Denkschriften in sämtlichen Schichten des Volkes Licht auf die geheimen Triebfedern der Volksverführer geworfen.

Wir streiten für die Rechte der Krone, wo es sein muß, auch **gegen die Regierung.**

Wir haben die freiwilligen und unfreiwilligen Bundesgenossen unserer Feinde auf das heftigste bekämpft. Wir haben nachweislich unseren Anteil daran, daß

in Brest-Litowsk

eine Wendung zum Besseren, wenn auch nicht zum Guten — dazu war es zu spät — eintreten konnte. Wir haben unseren Anteil daran, daß

Valentini gehen mußte,

der die Bestrebungen, die Wahrheit zum Throne dringen zu lassen, zu vereiteln wußte. Wir haben unseren Anteil daran, daß Herr von Kühlmann, der Hauptvertreter jammervoller Politik der Schwäche und Nachgiebigkeit, dem

tatkräftigen Admiral Hintze

weichen mußte.

Der Bund der Kaisertreuen hat **bewiesen, daß der ganze** Arbeit macht und wert ist, daß **alle wahren Vaterlandsfreunde** ihm zur Seite **stehen. Wir laden Sie ein, unserem**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180802-18/fragment/page=0001
DFG

Bunde beglaubten, nicht um unserwillen, denn wir sind nur Mittel zum Zweck, sondern um dieses Zweckes, um der Rettung des heißgeliebten Vaterlandes aus der furchtbaren Gefahr willen!

Für den Vorstand:
von Knobelsdorff, Major z. D., Vorsitzender.
Dr. jur. Friedrich Karbe, Direktor der Deutschen Ansiedlungsbank, Rittergutsbesitzer, Landtagsabgeordneter, Berlin.

Für den Ehrenausschuß:
v. Borck, Rittergutsbesitzer und Landschaftsrat, Dombrowko. Baron Digeon v. Monteton, Generalleutnant z. D., Hannover. Freiherr v. Doernberg, Kgl. Kammerherr, Kassel. v. Dücker, Hauptmann a. D. und Rittergutsbesitzer auf Buchwäldchen. Foerster, Kgl. Preuß. Kommerzienrat, Freiburg a. Unstrut. Haase, Pfarrer, Düren. Dr. med. Hampke, Schwerin. Major a. D., Rittergutsbesitzer Frhr. v. Kalckreuth auf Hohenwalde. Keil, Regierungsrat, Hauptm. d. R., Bromberg. Dr. Kirchhoff, Fabrikdirektor, Lichterfelde. Dr.-Ing. Lindaens, Kommerzienrat, Köln-Bayenthal. v. Löbbecke, Dr. jur., Eisenach. Freiherr v. Meerscheidt-Hüllessem, General der Infanterie z. D., Eberswalde. v. Naehrich, Rittergutsbesitzer, Puschkowo. Freiherr von Plehn-Kopitkowo. Freiherr v. Puttkamer, Niemietzke. Schulz-Sembten, Kgl. Oekonomierat, Sembten. Spengel, Geh. Hofrat, ord. Prof., Gießen. Stuhrmann, Direktor, Godesberg. Trüschler v. Fallenstein, Königl. Sächs. Kammerherr und Oberhofjägermeister a. D. auf Irsingen. Fr. v. Uhmann, Hirschberg.

Dieses herrliche Dokument dieser großen Zeit, wo es bekanntlich keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche gibt, stellt sich dem Aufrufe des Reichsverbandes würdig an die Seite! An der Schwelle des fünften Kriegsjahres und im Zeichen des — „Burgfriedens" ist dieser Aufruf eine geradezu unübertreffliche Leistung, und man muß in der Tat schon zu den ganz edelsten, vornehmsten und erlauchtesten „Deutschen" gehören, um sie fertig zu bringen! Die Geringschätzung und Verachtung, mit der dieser Aufruf einen erheblichen Teil des deutschen Volkes behandelt, das in den vier Kriegsjahren Uebermenschliches geleistet und an Gut und Blut, Leib und Leben die unerhörtesten Opfer gebracht und an Not, Leid und Entbehrungen Unermeßliches ertragen hat — läßt sich einfach nicht mehr überbieten.

„Generäle und andere hohe Offiziere, Freiherren, Hofräte, Rittergutsbesitzer, Kammerherren, selbst ein Prediger der christlichen Liebe," schreibt der Vorwärts, „— sie haben dieses Dokument des tobsüchtigen Hasses, der schmutzigen Lüge, der irrsinnigen Verleumdung mit ihren glänzenden Namen geschmückt. Sie schrecken nicht davor zurück, den offenkundigsten Unsinn über die öffentlichen und die geheimen Einnahmen der Sozialdemokratischen Partei zu unterzeichnen, der, wie man glauben sollte, in beiden Teilen bei denkfähigen Menschen nur Gelächter erregen kann ... Der Geist, der sich in solchen Treibereien offenbart, ist eine öffentliche Gefahr. Man beurteilt das „kaisertreue" Dokument immer noch sehr nachsichtig, wenn man es als das Produkt der Nervenzerrüttung betrachtet, die in gewissen Kreisen infolge der langen Kriegsdauer eingetreten ist. Solche Nervenzerrüttung wirkt aber ansteckend, das Endergebnis muß eine allgemeine Verhetzung und Vergiftung werden, wie sie ein Volk selbst in Friedenszeiten kaum ungefährdet ertragen kann."

Wir vermögen die Auffassung des Vorwärts, daß sich diese „kaisertreue" Leistung nur pathologisch, als „ein Produkt der „Nervenzerrüttung" gewisser Kreise" erklären lasse, nicht zu teilen. Uns scheint sie vielmehr der Ausdruck einer rücksichtslosen Herrschsucht und eines blindwütigen Machtfanatismus zu sein. Die sich allmächtig dünkenden, hochmögenden Herrschaften, die hinter diesem Aufruf stehen, wissen genau was sie wollen. Sie fühlen sehr wohl, daß die gewaltigen Umwälzungen dieses ungeheuerlichen Krieges auch an dem Gefüge ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht nicht spurlos vorübergehen werden und machen nun die krampfhaftesten Anstrengungen, das Rad der Weligeschichte in seinem Laufe aufzuhalten. Ein vergebliches Beginnen! das allerdings in der ganzen Art seiner Ausführung dem Vabanque-Spiele verzweifelter Herrenmenschen verteufelt ähnlich sieht und zugleich auch ein überzeugender Beweis für ein — böses Gewissen ist!

Noch fühlen sich diese „kaisertreuen Männer" ja „stark" und in der Macht, und daher trumpfen sie auch noch gar redegewaltig mit ihren Erfolgen auf. Sie haben, wie der Vorwärts hervorhebt, in Brest-Litowsk „eine Wendung zum Besseren bewirkt", sie haben den Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts Valentini beseitigt, sie haben mit Kühlmann das gleiche getan und ihn durch den „tatkräftigen Admiral v. Hintze" ersetzt. Sie im Bunde mit der „Vaterlandspartei", deren „innerpolitische Ergänzung" sie sind! Was der Reichstag nicht darf, ohne daß ein Zetergeschrei über „verletzte Kronrechte" erhoben wird, das dürfen sie: Friedensverträge korrigieren, Minister stürzen und durch andere ersetzen und den Personenkreis verändern, mit dem der Träger der Krone umgeben ist. Sie dürfen das, die königlichen Kammerherren, die Generale a. D., die Freiherren, die Rittergutsbesitzer, die Pfarrer.

Noch „dürfen" sie es. Aber aus dem Auftrumpfen mit diesen Taten hört man doch die heimliche Angst heraus, daß einmal die Zeit kommen könnte, wo ihnen die geschichtliche Entwicklung ihre Macht aus den Händen winden wird. Und dagegen wehren sie sich mit Nägeln und Zähnen; sie wollen für alle Zeiten die Mächtigen und Herrschenden bleiben; sie erblicken in dem Volke nur ein williges und gefügiges Werkzeug ihrer Macht- und Herrschgelüste, das für das „Vaterland" wohl alles opfern, aber beileibe keine größeren Freiheiten und Rechte beanspruchen darf! Aus diesem Geiste rücksichtslosesten Machtdünkels heraus ist auch dieser „kaisertreue" Aufruf geboren, und daß er nach vier Jahren eines beispiellosen Krieges noch möglich ist, beweist nur, daß seine Verfasser und Unterzeichner „nichts gelernt und nichts vergessen" haben!

Aehnlich, in anderer Richtung, ergeht es auch der abhängigen Sozialdemokratie. Wie hat sie doch in den vier Kriegsjahren durch ihre Kriegspolitik redlich um die Gunst der herrschenden Klassen geworben! Und nun erntet sie dafür nichts als schwärzesten Undank, muß sie erleben, daß sie bei den teutschesten der Deutschen noch immer in Acht und Bann steht und ihr die „Entscheidungsschlacht" auf Tod und Leben angekündigt wird! Eine wahrhaft bittere Lehre und grausame Enttäuschung für sie! Wird sie endlich daraus lernen, oder müssen erst noch härtere Tatsachen kommen, um sie wieder auf den Weg grundsätzlich sozialistischer Politik zurückzuführen? —

Unbekümmert darum wird die unabhängige Sozialdemokratie ihren Weg weiter verfolgen; denn wenn die Richtigkeit ihrer Taktik noch irgendeines Beweises bedurft hätte — die wilde Kampfansage der „Kaisertreuen" gegen die Sozialdemokratie würde ihn geradezu glänzend erbracht haben! Ihr kommt diese Kampfansage auch weder überraschend, noch fürchtet sie sie. Sie ist auf die kommenden, unausbleiblichen Kämpfe gefaßt und vorbereitet und weiß, daß sie für die Arbeiterschaft schwer und opferreich sein werden. Aber sie wird sie führen in der festen Zuversicht, daß, wenn nur die klassenbewußte Arbeiterschaft auf dem Posten ist und ihre Pflicht tut, alle „kaisertreuen" Anstürme an dem sozialdemokratischen Walle elend zerschellen werden!

Die vornehme Sprache der „Kaisertreuen".

Eine erbauliche Probe davon bringt die Münchener Post: „Den Kommerzienräten werden von den „Kaisertreuen" drei Werbeschriften zugesandt, die von beleidigenden und verleumderischen Anwürfen gegen politische Persönlichkeiten förmlich strotzen. Da wird v. Bethmann Hollweg als ein wirklicher Kindskopf behandelt, Lichnowsky als ein „geistig minderwertiger Mensch" und als „aufgeblasener Riesenfrosch polnischer Abstammung" beschimpft, dem Reichstag wird nachgesagt, daß er „die Geschäfte unserer Feinde besorge", der „Frechdachs" Erzberger wird „als Vertreter der Interessen der uns feindlichen Länder im Gegensatz zu denen des eigenen Vaterlandes festgenagelt". Dem tschechischen Grafen Czernin und Hrn. von Kühlmann wird deutlich der Vorwurf des Landesverrates gemacht, da sie ja eifrig russische und englische Politik treiben, „obwohl es doch ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit war und ist, deutsche Politik zu machen".

Rußland.

Die Arbeiter stehen treu zur Republik!

Petersburg, 29. Juli. (P. T. A.) Auf der im Taurusschloß stattgefundenen Versammlung der mobilisierten Arbeiter haben Sinowjew, Lunatscharskij, Kusmin und andere Reden gehalten. Auf der Versammlung ist eine Resolution folgenden Inhalts angenommen worden:

„Die Versammlung der mobilisierten Arbeiter schwört einmütig, bis zum letzten Blutropfen für die Ziele der großen Oktoberrevolution, für die Arbeiter-Räteregierung, für das Land der armen Bauern, für den Sozialismus zu kämpfen. Wir senden einen Brudergruß den ersten mobilisierten Arbeitertruppen in Moskau. Wir fordern alle mobilisierten Genossen zur kameradschaftlichen Disziplin auf."

Die Tschecho-Slowaken im Vormarsch. Moskau, 30. Juli. (W. T. B.) Die Presse meldet: Im Abschnitt Westural ist der Feind im Vormarsch von den Stationen Kusina und Grobewo auf Station Bilimba. Im Abschnitt Jekaterinenburg—Tscheljabinsk wurden Angriffsversuche des Feindes auf die linke Flanke der Position Kosobradski abgewehrt. Im Abschnitt Schadrinsk zogen sich die Rätetruppen kämpfend von der Flußlinie Sinara—Bararjak auf die Flußlinie Iset zurück. Der Feind greift südöstlich auf Station Sinarskaja und östlich auf Siedlung Travonskoje (50 Werst westlich Dolmatowo) an. Im Abschnitt Baku verloren die Rätetruppen das Dorf Marasa (Bednota). Für den Kampf gegen die imperialistische Ententeinvasion wurde die Bildung von Franktirnrabteilungen vorgeschlagen, die im Rücken des Feindes aufklären und Zerstörungen vornehmen sollen. In die Abteilungen sollen grundsätzlich nur Freiwillige, die politisch zuverlässige „Elite" aufgenommen werden. Die Einnahme von Tschistopol durch die Tschechen wird dementiert. — In Richtung Insa (150 Kilometer südwestlich Simbirsk) setzen die Tschechen den Vormarsch fort. Die Tschechen zerstörten einen Teil der Bahn Simbirsk—Insa.

350 Teilnehmer am Jaroslawer Aufstand wurden erschossen; es waren meist Offiziere und Weißgardisten, sie hatten Fühlung mit den Tschechen.

Die sogenannte sibirische Regierung. Petersburg, 29. Juli. (P. T. A.) Laut hier eingetroffenen Nachrichten besteht die sogenannte sibirische Regierung aus: dem Ministerpräsidenten Chorwat, Finanzminister Puttilow, Flottenminister Kolischak, ferner aus dem früheren Gouverneur von Wladiwostok, General Flug, dem früheren Gehilfen des Verkehrsministers bei Kerenski, Ustugow, dem früheren Domaadgeordneten Westretin und dem Sozialrevolutionär Okorokow.

Drei russische Großfürsten erschossen? Kopenhagen, 1. August. Nach hier eingetroffenen Meldungen sollen drei Tage nach der Ermordung des Zaren auch drei Großfürsten, darunter der Großfürst Michael Konstantinowitsch, erschossen worden sein.

Unterdrückung der Presse. Moskau, 31. Juli. (W. T. B.) Die Abteilung für Presse hat das Erscheinen aller nichtbolschewistischen Zeitungen, bis die Sowjet-Regierung nicht absolut gefestigt ist, verboten.

Wahlsieg der Bolschewiki in Wladiwostok. Haag, 1. Aug. Reuter meldet aus Wladiwostok: Die Bolschewisten erzielten in der Gemeinderatswahl die Mehrheit. Hierdurch erhielten sie das Recht, die Bürgermeister zu ernennen.

•

Belagerungszustand in der Ukraine.

Kiew, 1. August. (T. U.) Der Belagerungszustand ist über die gesamte Ukraine verhängt worden; in Kiew und Odessa sind besondere Schutzmaßnahmen angeordnet worden. Der gesamte Eisenbahnverkehr wird voraussichtlich in militärische Verwaltung genommen werden.

Kiew, 30. Juli. (W. T. B.) Nach einer Meldung von Kiewskaja Mysl hat das Zentralkomitee der ukrainischen sozialrevolutionären Partei in bezug auf die Parteizugehörigkeit der im Dobrynj-Prozeß Verurteilten erklärt, daß am 3. Juni alle Organisationen der sozialrevolutionären Partei aufgelöst wurden und daß keiner der Verurteilten zu irgendeiner der später neu geschaffenen Organisationen ukrainischer sozialrevolutionären Partei gehört habe. Daher übernehme das Zentralkomitee keinerlei Verantwortung für nach dem 3. Juni erfolgte Handlungen genannter Personen und insbesondere nicht für ihr Verhalten vor Gericht.

Im Eisenbahnerstreik sind keine wesentlichen Veränderungen eingetreten. Aus Jekaterinoslaw wird gemeldet, daß man dort zu energischen Maßregeln gegen die Streikenden greift.

Wie es kommen wird!

„Ein amerikanischer Friede."

Amsterdam, 31. Juli. Der Standard bringt einen Artikel der englischen Zeitschrift The Nation, in dem diese auf einen eingesandten Brief des Justiz-Professors William Sterns Davis eingeht, der früher für den radikalen Sozialismus sich begeisterte, durch den Krieg aber von einem „neuen Geist" beseelt, Männer wie Lansdowne, Henderson und Asquith für viel zu schwach hält. The Nation weist im Zusammenhang dieses Artikels darauf hin, daß Amerika recht wenig von der Not, den Gefühlen und Zielen seiner Mitassoziierten in Europa versteht. Amerika begreift dort nicht, daß eine unbeschränkte Fortsetzung des Krieges das Todesurteil für eine Nation bedeutet. Wenn dies für Frankreich gilt, so führt diese Hemmungslose Kriegspolitik auch in jedem anderen kriegführenden Lande Europas zu einer kümmerlichen Existenz während einiger Generationen; einem Leben kümmerlicher Verelendung, wirtschaftlicher Schwächung und geistiger Verkrüppelung; einer Häufung moralischen Kriegsschadens, welche die Zukunft der Menschen überkommt. Und wofür das alles? Nur damit etwa 1920 oder 1921 amerikanische Missionen die deutschen Verteidigungslinien durchbrechen und den mürben Völkern Europas einen amerikanischen Frieden auferlegen können. Nur deshalb, weil die Union sich nach dem Abschluß eines solchen Friedens mit Japan in den Handel der ganzen Welt teilen kann. Die Nation empfiehlt schließlich den Amerikanern, erst einmal die europäischen Verhältnisse kennen zu lernen, ehe sie sich für immer nur der europäischen Kriegspolitik verschreiben.

Der Standard schreibt dazu: Es ist fraglich, ob die Nation glaubt, daß dieser Appell an Amerika auch nur die geringste Wirkung haben wird. Vielleicht würde das der Fall sein, wenn die europäischen Völker von ihrem Kriegswahnsinn abließen und den Schreiern, deren Parole der Kampf bis zum Ende ist, den Laufpaß gäben. — Es ist verhängnisvoll, daß die Entente, selbst wenn sie wollte, nicht mehr an Annäherung denken, ja nicht einmal mehr selbständig ihre eigenen Friedensbedingungen gegenüber den deutschen Friedensanerbietungen mitschreiben kann; denn Amerika hat jetzt die Führung, seinerzeit das entscheidende Wort zu sprechen. Ein amerikanischer Frieden soll also am Schluß die Welt beglücken, wenn im alten Europa die Völker aus tausend Wunden bluten. Und dennoch gibt es noch immer Menschen, die bei Beginn des fünften Kriegsjahres an die Morgenröte einer neuen Weltordnung glauben, die der Menschheit einen ungestörten Frieden sichern werde.

Die englischen Arbeiter und die Wahlen.

Nach einer Mitteilung, die die Bergarbeiter-Zeitung einem holländischen Blatte entnimmt, hat der friedensfreundliche britische Bergarbeiterführer Robert Smillie bei der Tagung des britischen Bergarbeiterverbandes, dem er präsidierte, eine Rede gehalten, die eine starke Beteiligung der Arbeiter an den voraussichtlich im Herbst stattfindenden Parlamentswahlen in Aussicht stellt. Smillie sagte, es werden 360 bis 400 Arbeiterkandidaten aufgestellt werden. Die Arbeiter seien berufen, das Land zu regieren. Der Augenblick sei nahe, wo sie im Parlament die Mehrheit haben würden. Smillie gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß in den letzten drei Jahren es ein- oder zweimal nötig gewesen wäre, den Krieg zu einem ehrenvollen Ende zu bringen.

Politische Uebersicht.

Die mangelhafte Erfassung der Kriegssteuer.

J. K. Wie bereits erwähnt, hat der württembergische Finanzminister v. Pistorius darüber Klage geäußert, daß nur in Württemberg die Veranlagung zur Einkommensteuer, auf der die Kriegssteuer des Reiches beruht, wirklich scharf und durchgreifend erfolge, während in anderen Bundesstaaten damit lässig verfahren würde. Hätten alle Bundesstaaten veranlagt wie Württemberg, wären 9 Milliarden statt 5½ eingekommen. Diese Angaben erscheinen sehr glaubwürdig, wenn man berechtet, daß Württemberg 302 Millionen Kriegssteuer aufgebracht hat, Bayern nur 372, Hessen nur 112 Millionen. Offenbar ist das für Württemberg ein viel höherer Betrag, als dem Verhältnis seiner Größe und Industrialisierung entspricht.

Den Kriegsgewinnlern aus diesen Tatsachen einen moralischen Vorwurf zu machen und ein lautes Jammern anzuheben über die moralische Verwilderung durch den Weltkrieg, geht in diesem Falle wirklich nicht an. Kein Mensch hat sich je zur Steuer höher eingeschätzt, als er dies nach den Landesgesetzen tun mußte. Die Schuld trägt einzig und allein der Souveränitätsdünkel der Einzelstaaten und vieler Reichstagsparteien, die nicht wollen, daß gleichmäßige gerechte Bestimmungen für die Veranlagung der Kriegssteuer im ganzen Reich geschaffen werden.

Kühlmann.

In der Frankf. Zeitung schreibt der Abg. Konrad Haußmann dem verabschiedeten Staatssekretär Kühlmann einen Nachruf, der interessante Schlaglichter auf ein Stück jüngst vergangener deutscher Geschichte wirft. Herr v. Kühlmann habe schon im September 1917 „zu der belgischen Frage eine sehr bestimmte und staatsmännisch vorausschauende Haltung eingenommen, von deren Billigung er die Beibehaltung des Portefeuilles abhängig machte". Er habe es freilich für richtig gehalten, die Anerkennung der vollen belgischen Unabhängigkeit als einen Trumpf für die direkten Verhandlungen zu reservieren, über seine tatsächlichen Ziele aber weder in der Papstnote, noch in der sie begleitenden vertraulichen und nicht offiziellen Nebenaktion ein Hehl gemacht. „Ueber diese Nebenaktion erfuhr die Oeffentlichkeit erst Weihnachten, daß sie in Lauf gesetzt, aber durch unaufgeklärte Ungeschicklichkeiten oder Böswilligkeiten irgendwo stecken geblieben ist." Als die stille Aktion der Kabinette gescheitert war, da habe sich gezeigt, daß die Verweigerung einer freimütigen Erklärung über Belgien ein Fehler gewesen sei, weil diese Haltung Gelegenheit gab, die Friedensentschließung des Deutschen Reichstages zu entwerten.

Im Osten habe Herr v. Kühlmann den Grundgedanken der Befreiung der Randvölker ohne Unterjochung und Willenszwang hochhalten wollen. Diese Politik ist nicht durchgedrungen und wurde mit der berühmten Erklärung des Generals v. Hoffmann von einer sehr viel schärferen Tonart abgelöst. Haußmann sagt dazu: „Herr v. Kühlmann hat diese Politik nicht befürwortet. Es wird dereinst an der Hand der geschichtlichen Akten abzuwägen sein, welche Vorteile und welche Nachteile realer und politischer Art diese Politik gezeitigt hat. Es ist zu errechnen, wieviel deutsche Divisionen in Rußland zurückgehalten werden mußten; zu errechnen auch, ob aus der Ukraine nicht durch polnische und jüdische landeskundige Händler ebensoviel Getreide abgehoben werden konnte wie durch die deutschen Truppen. Sie dort festgelegt und für das durch die Waffen unlösbare ukrainische Staatsproblem eingesetzt wurden. In einer großen weltpolitischen Rechnung bildet auch das Maß unausbleiblichen Odiums der okkupierenden und requirierenden Militärmacht und die psychologische und politische Nachwirkung in dem okkupierten Gebiet, mit welchem künftig freundschaftlicher Verkehr gepflegt werden will, einen ins Gewicht fallenden Posten."

Auch ein Stück Neuorientierung.

Dem preußischen Abgeordnetenhause ist ein Gesetzentwurf zugegangen, gegen den entschieden protestiert werden muß. Die Ausführungsgesetze zum Reichsgesetz für den Unterstützungswohnsitz vom 23. Juli 1912 sollen dahin abgeändert werden, daß auch außereheliche Väter, die sich ihrer Unterhaltungspflicht entziehen, dem armen polizeilichen Arbeitszwang unterstellt werden können. Die Regierung erstreckt den Arbeitszwang für solche Väter, weil nach ihrer Meinung noch immer zahlreiche Fälle freimütiger Nichterfüllung der Unterhaltungspflicht durch außerehelichen Väter und die Abschiebung dieser Verpflichtung auf die Armenverbände beobachtet werden. Unter anderm sagt die Regierung in dem Gesetzentwurf:

„Aus wohlhabenden Inhabern von Geschäftsbetrieben werden in der ausgesprochenen Absicht, sich der Unterhaltungspflicht zu entziehen, plötzlich durch Zahlung schlecht belohnter Arbeiten näherer oder entfernter Verwandten, aus gutgestellten Söhnen wohlhabender Väter mit geringem Taschengeld ausgestattete Gebilfen, mit hohem Verdienst tätige Arbeiter gegen ihre Stelle auf und suchen sich durch Verzug und Uebernahme von Arbeit, die nur ihren eigenen Unterhalt ermöglicht, gegen die Heranziehung zum Unterhalt ihrer unehelichen Kinder zu schützen."

Die preußische Regierung will deshalb den Arbeitszwang einführen. Sie meint, schon dessen Androhung würde eine heilsame Wirkung ausüben. Der Gesetzentwurf ist aus verschiedenen Gründen unbaltbar. Reichsgesetz geht dem Landesgesetz voran, und eine rechtskräftig festgestellte Leistungspflicht darf nur nach den Vorschriften der Zivilprozeßordnung beigetrieben werden. Dann hat im letzten Augenblick der versäumende Vater immer noch die Möglichkeit, durch Zahlung der Alimente des Arbeitszwanges zu entgehen, während der Besitzlose gepackt wird. Schließlich soll die — Polizei die Befugnis erhalten, den Arbeitszwang über uneheliche Väter zu verhängen. Aus diesen Gründen muß gegen den Gesetzentwurf protestiert werden. Soll das die in Aussicht gestellte „Neuorientierung" sein, daß man der Polizei derart weitgehende Vollmachten einräumt? Der Entwurf überschreitet den Rahmen der Landesgesetzgebung. Schon wiederholt hat die preußische Regierung versucht, in die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262191808 02-18/fragment/page=0002

Kompetenzen der Reichsgesetzgebung eingegriffen. Wir erinnern nur an das vor Jahren verunglückte Konkubinatsverbrechen-Gesetz. Ob der Reichstag das ruhig hinnehmen wird?

Außerordentliche Kriegsgerichte.

Hermann Wendel tritt im Vorwärts mit guten Gründen für die Schaffung von Berufungsinstanzen gegen Urteile der außerordentlichen Kriegsgerichte ein. Er hat dabei in der Hauptsache die Wirkung des jetzigen Zustandes in Elsaß-Lothringen im Auge. Die außerordentlichen Kriegsgerichte sind auch in Festungsbereichen noch in Tätigkeit und sie können in jedem Augenblick in irgendeinem Bezirk des Reiches in Tätigkeit gesetzt werden. Die Forderung Wendels ist also sehr aktuell. Natürlich handelt es sich nicht nur darum, Berufungsinstanzen zu schaffen, sondern noch mehr darum, Wiederaufnahmemöglichkeiten zu schaffen.

Deutsch-holländisches Wirtschaftsabkommen.

Haag, 31. Juli. Das Korrespondenzbureau meldet amtlich: Da es sich mit Rücksicht auf die zu erwartende Bildung eines neuen Kabinetts als unmöglich herausstellte, die mit Deutschland wegen Abschlusses eines allgemeinen Wirtschaftsabkommens geführten Unterhandlungen zu Ende zu bringen, wurden Besprechungen abgehalten zum Zwecke der Erzielung eines vorläufigen Einvernehmens, um die Zufuhr deutscher Steinkohlen zu sichern. Ein diesbezügliches Abkommen ist heute durch die beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnet worden. Das Abkommen besagt, daß Deutschland vom 1. August d. J. ab für einen Zeitraum von fünf Monaten 120 000 Tonnen Steinkohle monatlich liefern soll. Der (bar zu zahlende) Preis der Kohle ist auf 90 Gulden pro Tonne festgesetzt, während für weitere 30 Gulden pro Tonne Kredit eingeräumt wird. Das Abkommen ist vom 15. Oktober d. J. mit 14tägiger Frist kündbar. Von deutscher Seite ist bei der Unterzeichnung des Abkommens die Erwartung ausgesprochen worden, daß die Verhandlungen über ein allgemeines Wirtschaftsabkommen baldmöglich nach der Bildung der neuen Regierung wieder aufgenommen und vor dem 15. Oktober d. J. zu einem befriedigenden Ende geführt werden. (W. T. B.)

Kleine politische Nachrichten.

Die neuen Steuern des 1. August. Der Reichsfiskus feiert den Eintritt ins fünfte Kriegsjahr mit folgenden neuen Steuern, die am 1. August in Kraft getreten sind: die Umsatzsteuer, die erhöhte bzw. neue Reichsstempelabgabe und die erhöhte Wechselstempelsteuergebühr.

8400 Kriegsgesetze und 3300 Bundesratsverordnungen gibt es jetzt im Deutschen Reich, wie der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Crüger in einer Versammlung mitteilt hat. Es wird wohl kaum einen Menschen in Deutschland geben, der sich noch in diesem Wirrsal von Gesetzen zurechtfinden kann.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Luxemburg. Die Wahlen in Luxemburg haben nach Blättermeldungen mit einer Niederlage der Liberalen geendet, während die Rechte ihren Besitzstand wahrte und die Sozialdemokraten drei Sitze gewonnen und Aussicht haben, bei den Stichwahlen einige weitere Sitze zu erobern.

Die ungarische Wahlrechtsvorlage wurde vom Magnatenhause unverändert angenommen.

Aus der Partei.

An die Organisationsleitungen!

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß im Interesse einer intensiven Werbe- und Aufklärungsarbeit für unsere Partei enge Fühlung mit den in den Betrieben tätigen Arbeitern genommen werden müsse. Zu diesem Zwecke sollten an allen Orten Betriebs-Vertrauensleute aus den Kreisen unserer Genossen gesucht werden. Leider ist das bisher nur verhältnismäßig selten geschehen. Das Wachstum und die Aufgaben unserer Partei erfordern aber dringend die Schaffung solcher Betriebs-Vertrauensleute. Wir bringen daher die früheren Mahnungen erneut in Erinnerung. Gerade jetzt heißt es auf diesem Gebiet eilig und eifrig eingreifen, da die Partei der Abhängigen ebenfalls in den Betrieben festeren Fuß zu fassen sucht, wie aus folgender Mitteilung der J. K. hervorgeht:

Betriebsvertrauensleute für die Partei.

J. K. Im Sozialdemokratischen Verein für das Kölner Gebiet ist kürzlich die Anregung erfolgt, in den großen industriellen Betrieben besondere Vertrauensleute für die Partei zu ernennen. Man könne diese Arbeit nicht den Gewerkschaften überlassen, weil dies sofort zu Streitigkeiten in der Partei und in den Gewerkschaften führe. Es sei für die Partei notwendig, enge Fühlung mit den Massen zu erhalten, um deren Stimmung kennen zu lernen. Es könne dann nicht zu derartigen Ueberraschungen kommen, wie im Januar dieses Jahres bei Ausbruch des großen Streiks. Die Vertrauensleute müßten vor allem auch suchen, Frauen für die Organisation zu gewinnen, und diese seien jetzt in der Industrie in großen Massen beschäftigt. Es könnte dabei auf verschiedene Bezirke in Deutschland hingewiesen werden, in denen derartige Einrichtungen schon bestehen."

Die Genossen ersehen daraus, daß wir nicht die Hände in den Schoß legen dürfen, sondern alles versuchen müssen, durch die Betriebsvertrauensleute ein festes Band zwischen den breiten Massen der Arbeiterschaft und unserer Partei zu schaffen.

Abhängige Wahrheitsstreiter. In verschiedenen Orten wird von den Funktionären der Regierungssozialisten ein systematischer Verleumdungsfeldzug gegen die Unabhängige Sozialdemokratie inszeniert. Es wird behauptet, daß die Genossen Haase, Herzfeld, Schwartz und Geyer im Reichstag nur gegen die Kriegskredite stimmten, aber brav Kriegskredite zeichneten. Dagegen sei festgestellt: Die Genossen Haase, Herzfeld und Geyer haben niemals Kriegsanleihe gezeichnet, sie haben niemals Kriegsanleihe besessen und besitzen keine Kriegsanleihe. Dasselbe gilt für den Genossen Schwartz, solange er der Unabhängigen Sozialdemokratie angehört.

Dem Genossen Haase wird vorgeworfen, er habe seinen Sohn als Kriegsfreiwilligen in das Heer treten lassen. Genosse Haase ist schon zweimal in der Behauptung in der Presse entgegengetreten. Der Sohn des Genossen Haase hatte für den 16. August 1914 seinen Stellungsbefehl erhalten. Um die Freiheit der Wahl des Truppenteils zu haben, ist er der Zwangsgestellung zuvorgekommen, indem er sich freiwillig bei dem ihm zugegenden Truppenteil meldete. Alle gegenteiligen Behauptungen sind falsch.

Im ersten sächsischen Reichstagswahlkreise, Zittau, bestanden bisher zwei Ortsgruppen unserer Partei. Nächstens kommen zwei weitere hinzu. Bald werden wir auch hier eine Wahlkreisorganisation haben können.

Allerlei.

Zur Eisenbahnkatastrophe bei Landsberg.

Die Ursache des Unglücks.

Berlin, 1. August. (Amtlich.) Ueber die Ursache des Eisenbahnunfalles zwischen Gurkow und Zantoch sind mehrfach nicht ganz zutreffende Darstellungen verbreitet worden. Der Unfall hat sich auf folgende Weise ereignet. D-Zug 22 Brest-Litowsk—Berlin entgleiste am 30. vorigen Monats 9 Uhr 14 Min. vormittags während der Fahrt auf der freien Strecke zwischen den oben genannten Stationen, als er an den ihm begegnenden Güterzug 6341 vorüberfuhr. Wenige Augenblicke vor der Begegnung war die linke Kolbenstange der Güterzug-Lokomotive im Kreuzkopf gebrochen. Durch den Dampfdruck im Zylinder nach vorn getrieben, durchschlug der Kolben mit der Kolbenstange den Zylinderdeckel. Dadurch wurde die Kolbenstange mit Kolben von der Lokomotive losgelöst und bei der Weiterbewegung der Güterzug-Lokomotive zwischen dieser und der nahe liegenden Schiene des Nachbargleises derart eingeklemmt, daß ein sehr starker Druck auf das Nachbargleis ausgeübt wurde. Diesem Druck konnte das Gleis nicht standhalten. Es wurde so beschädigt, daß die Lokomotive des D-Zuges, der an dieser Stelle eintraf, als die Vorüberfahrt des Güterzuges noch nicht beendet war, zur Entgleisung gebracht und gegen die letzten Wagen des Güterzuges geschleudert wurde. Die D-Zugwagen bohrten sich ineinander, fingen später Feuer und verbrannten zum Teil. Nach den bisherigen Meldungen wurden bei dem Unfall 42 Personen getötet, 21 schwer und vier leicht verletzt. Anhaltspunkte für ein Versehen oder Verschulden von Eisenbahnbediensteten oder für mangelhaftes Material infolge der Kriegszustände haben sich nicht ergeben. Der beklagenswerte Unfall muß auf die geschilderten, nicht vorherzusehenden außergewöhnlichen Umstände zurückgeführt werden.

*

Die Unfallstelle bot, nach Presseberichten, das Bild eines unbeschreiblichen Chaos. Die Hilferufe der unglücklichen Insassen des D-Zuges, die schwere Verletzungen oder Brandwunden erlitten hatten — manch einer war in den Trümmern eingeklemmt und war so hilflos den Flammen preisgegeben — verhallten nicht vergeblich. Ein Marinearzt, ein Veterinär, eine Krankenschwester und zahlreiche Soldaten des Zuges eilten sofort herbei und arbeiteten unter Aufbietung aller Kräfte, um die Aermsten aus ihrer qualvollen Lage zu befreien. Inzwischen kamen die Rettungszüge aus Landsberg, Küstrin und Kieß mit allen abkömmlichen Aerzten und Sanitätern. Sie voraus für Notverbände und Ueberführung der Schwerverletzten.

Ein Augenzeuge, der dem Unfall beigewohnt hat, schildert den Vorgang der Katastrophe wie folgt: Als ich die Unglücksstätte betrat, sah ich aus dem brennenden D-Zuge die Flammen hoch herausschlagen. Die Lokomotive und nachfolgende Wagen waren aus dem Gleis gesprungen. Der Speisewagen war die Böschung hinabgeführt und auseinandergerissen, so daß man in seinem Innern zahlreiche Tote aufeinandergehäuft erblicken konnte, die zum Teil fürchterliche Verletzungen aufwiesen. Die meisten Toten barg der Speisewagen, von denen nur der Hofgewesener Schmidt aus Hammerwiese und die im Wagen beschäftigte Köchin gerettet wurden. Alle übrigen Insassen waren tot. In dem durch die Explosion der Gasbehälter in Brand geratenen Zuge sind verschiedene Personen verbrannt. Von ihnen wurden nur noch verkohlte Reste gefunden. Fast unversehrt blieben nur die letzten Wagen der 3. Klasse und der Post- und Schlafwagen. Von dem Güterzuge der von dem D-Zuge erfaßt wurde, sind mehrere mit Zucker und andern Gütern beladene Wagen zerstört. Aerzte aus allen Orten der Nachbarschaft eilten mit Hilfszügen aus Landsberg (Warthe) und Küstrin schnell zur Stelle. Die Verwundeten wurden mit Hilfszügen nach dem städtischen Krankenhause in Landsberg transportiert.

*

Wer kennt die Toten?

Berlin, 2. August. Amtlich. Von den Toten des Zantocher Eisenbahnunfalles konnten sieben Leichen noch nicht festgestellt werden. Es werden daher besondere Merkmale bekanntgegeben. Nachrichten und Wünsche über Bestattung oder Ueberführung der Leichen sind unverzüglich an den Bahnhof Landsberg a. Warthe zu richten.

1. Verkohlte Leiche. Bei Auffindung glaubte man Halsbinde zu sehen, Reste von Papierwäsche gefunden. 2. Weibliche Leiche, 20 bis 25 Jahre alt, mittelkräftige Figur, schwarzwollene Strümpfe, schwarze gute Schnürschuhe. Bluse weiß und durchsichtig. Um kleinen Finger der linken Hand ein Ring mit vier weißen Steinen. 3. Männliche Person, graugestreifter Anzug, Alter 40 bis 50 Jahre, Schnurrbart dunkelblond, fahle Platte, an den Schläfen kurzes graues Haar. 4. Weibliche Person, dunkles Haar, 20 bis 30 Jahre alt, einen blauen und einen grauen Unterrock, schwarze Schnürstiefel, schwarze Strümpfe und grave Bluse, mittelgroße Figur. 5. Weibliche Person, 30 bis 35 Jahre alt, starkes dunkles Haar, schwarzer Rock, schwarzwollene Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, einen Siegelring, Leibwäsche mit L. L. gezeichnet, Körperbau kräftig. 6. Weibliche Person, 20 bis 35 Jahre alt, mittlere Statur, Haare und Augen braunschwarz, Leibwäsche mit großes C. W. 4 gezeichnet. An der linken Hand einen Verlobungsring, gute schwarze Schnürschuhe, schwarzwollene Strümpfe, Strumpfbänder aus Spiralfeder, weiß vernickelt. 7. Große starke Frau, 40 bis 50 Jahre alt, Haare dunkelblond, schwarzes Kleid und schwarze Schnürschuhe mit Lackspitzen, schwarze Strümpfe. Wäsche gezeichnet B. S. Goldener Siegelring, Platte mit eingraviertem Kreuz und Zeichen B. S. Etuis mit Kneifer von der Firma Radtke, Bromberg, Danziger Straße 7.

Große Schleichhandelsschiebungen in Hannover.

In Hannover sind von der Kriminalpolizei große Schleichhandelsschiebungen aufgedeckt worden, an denen, soweit bis jetzt bekannt ist, vierundzwanzig Personen beteiligt sind. Die Schieber handelten mit allen möglichen Dingen, u. a. mit Sacharin, Zinn, Schuhen, Gummiringen, Oel, Seife, Zucker, Salbarsan und Opium. Die an dem verbotenen Handel Beteiligten waren Kaufleute, Militärbeamte, Soldaten und Frauen. Ein großes Lager von Waren, die der Beschlagnahme bzw. dem Verkaufsverbot unterliegen, wurde vorgefunden. Unter den Waren befinden sich viele Falschprodukte, namentlich gefälschtes Sacharin, das wahrscheinlich Betrugszwecken dienen sollte.

Eisenbahnunglück in Italien. Wie aus Rom gemeldet wird, fuhr am Dienstag nachmittag der von Civitavecchia kommende Personenzug im Bahnhof von Rom mit einer Rangiermaschine zusammen. Der Zusammenstoß führte den Tod von siebzehn Personen herbei. Unter den Schwerverletzten befindet sich ein Abgeordneter.

Der dänische Schriftsteller Peter Nansen ist, 57 Jahre alt, gestorben. Nansen war am 21. Januar 1861 in Kopenhagen geboren. Er war Verfasser zahlreicher Romane und Novellen, die auch in Deutschland viel Leser und Verehrer fanden, so Junge Menschen, Ein Heim, Julies Tagebuch, Feuerprobe u. a., in denen sich seine Kunst eines fein abgetönten Realismus offenbarte. Als Vorbild noch mehr als Leiter der großen Gyldendalschen Verlagbuchhandlung hatte er auf die dänische Literatur seiner Zeit einen nicht geringen Einfluß.

Eine Glasstoff-Gründung. In München erfolgte die Gründung der Bayerischen Glasstoffabrik mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark. Gegenstand des Unternehmens ist die Erzeugung künstlicher Textilfäden und Fasern nach dem Verfahren und den Patenten der vereinigten Glasstoffabriken Aktiengesellschaft Elberfeld, von der die neue Gesellschaft die Fabrikationslizenz erworben hat.

Reiche Erbschaft eines Dienstmädchens. Eine in Bielefeld kürzlich verstorbene alleinstehende Dame, die den Hauptteil ihres Vermögens mit rund 850 000 Mark der Stadt Bielefeld hinterlassen hat, hat ihrem Dienstmädchen, das ihr etwa 18 Jahre in Treue gedient hat, 75 000 Mark und eine reiche Wäscheausstattung vermacht. Außerdem durfte die glückliche Erbin sich eine Zimmereinrichtung und ein Gemälde aussuchen.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Otto Kilian; Anzeigen Hermann Schade. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Der Millionen-Schwindler.

Ein Börsenroman von Hans Hyan.

38] (Nachdruck verboten.)

In den großen, blauen Augen des Spekulanten funkelte es tückisch.

„Schön, wenn Sie es denn durchaus haben müssen, so werde ich Ihnen einen Scheck auf die Nationalbank über Zehntausend ausstellen!"

Und er zog sein Scheckbuch aus der Brusttasche.

Der Journalist wehrte lächelnd ab.

„Lassen Sie stecken, Verehrtester, lassen Sie ruhig stecken! ... Seh'n Sie mal, die Auszahlung eines Schecks läßt sich telephonisch verbindern! ... Ich traue Ihnen ja eine solche Schuftigkeit nicht zu, mein lieber Herr Direktor, aber ... aber ich gehe gern sicher in Geldsachen! ... Deshalb werde ich jetzt mit Ihnen in Ihr Bureau fahren und dort den Betrag in Kassenscheinen erheben."

Meier sagte kein Wort mehr. Stumm legten die beiden Männer die Fahrt zurück. Stumm gingen sie an die Kasse zu Herrn James Muffler, der große Augen machte, als sein Chef ihn anwies, zehntausend Mark an den Journalisten auszuzahlen.

Mit höflichem Dank die Scheine seinem Portefeuille einverleibend und mit einer Verbeugung, die von der tadellosen Erziehung dieses etwas ramponierten Gentlemans Zeugnis ablegte, verließ Hans Kuno v. Zitzewitz das Bureau.

Raoul Meier ging direkt zu Herrn Anton Möller und schnauzte ihn vor dem gesamten Personal ohne jeden ersichtlichen Grund derartig an, daß der Prokurist einen roten Kopf bekam und mit erhobener Stimme um seine Entlassung bat.

Meier, dem im Augenblick alles egal war, wollte sich gerade ins Privatkontor begeben, als Herr Löwensons, der Börsenvertreter, der etwas vergessen hatte, und daher noch auf einen Augenblick von der Börse zurückkam, herzutrat.

„Wissen Sie schon, Herr Direktor, daß Zitzewitz, der Redakteur von den Berliner Nachrichten, heute morgen Knall und Fall entlassen ist?! ... soll sehr faule Sachen gemacht haben, der Herr Baron!"

Dem Bankier war's, als drehte sich der ganze Bureauraum mit allen Angestellten um ihn.

„Entlassen?" fragte er mit einem Gesicht, wie nur ein Geschöpf in der ganzen Zoologie es aufzuweisen hat.

„Ja, entlassen!" erwiderte der Börsenvertreter, während es über das Antlitz des nicht weit abstehenden Kassierers wie Wetterleuchten zuckte und auch Herr Möller so recht schadenfroh dreinsah.

„Entlassen?" sagte der Bankier noch einmal und seufzte tief auf. Dann besann er sich und sagte:

„Ja, das hab ich gewußt ... bloß ich wußte nicht ... aber natürlich, das war ja vorauszusehen ... Spieler ... leidenschaftlicher Hasardeur und so weiter ... wohin soll das führen ... entlassen ..."

Er ging kopfschüttelnd und ganz geknickt in sein Zimmer.

XXIV.

Als Raoul Meier eben zur Börse gehen wollte, empfing er ein Telegramm Andrewski, der ihn um seinen sofortigen Besuch bat.

Voll der düsteren Befürchtungen fuhr der Spekulant dorthin, aber völlig fassungslos war er, als ihm der Direktor der Preußischen Bank dieselbe Nachricht gab, die den Verleger der Berliner Nachrichten, Herr Dr. Thoruffen, heute früh so erregt hatte.

„Und Ihr Gewährsmann kann sich nicht irren?"

Der kleine Kommerzienrat schüttelte das fast kahle Haupt.

„Ganz ausgeschlossen, mein Lieber! ... Uns trifft es ja wenig ... soweit man sich für solche Fälle decken kann, sind wir gedeckt, aber Sie, Herr Meier ..."

Der Bankier richtete sich hoch auf.

„Ich, Herr Kommerzienrat!! ... ich?! ... nun, ich glaubte bisher sicher, daß Sie mich sitzen würden ..."

Mit einer leisen Rückwärtsbewegung zuckte der Bankdirektor die Achseln. Seine Miene bekam etwas förmlich Glaziertes.

„Bedauere unendlich, mein verehrter Herr Direktor, aber wir sind selber nicht in der Lage ... was wir nun konnten, haben wir bereits getan ... denn, nicht wahr, ohne unser Dazwischentreten gestern und vorgestern ständen Sie doch heute schon Kopf?! ..."

Raoul Meier zuckte ungeduldig die Achseln.

„... Aber noch weiter gehen, als wir schon gegangen sind ... nein, mein lieber Direktor, das hieße das Institut, dem ich vorzustehen die Ehre habe, den größten Gefahren aussetzen! ... das geht nicht! ... Wir haben unter der Hand eine große Anzahl der Titres zurückgekauft und Sie so entlastet ... Ihren Riesenengagements den Rücken decken, dazu müßte unser Institut zehnmal größer sein, als es in der Tat ist! ... Sauve, qui peut! ... Ich habe Ihnen rechtzeitig Nachricht gegeben! Sehen Sie, was zu tun ist! ... übrigens, fahren Sie jetzt zur Börse?"

Raoul Meier nickte. Sein Gesicht war blaß, aber mehr vor Wut und Empörung, als vor innerer Angst.

„Dann," erwiderte der Kommerzienrat mit jener brutalen Offenheit, wegen der er berüchtigt war, „halte ich es für besser, ich warte noch ein bißchen. Es ist jedenfalls richtiger, man sieht uns jetzt nicht zusammen!"

„In der Tat, Ihr Renommee könnte darunter leiden!" entgegnete der Spekulant bitter, und entlockte damit dem anderen doch nur ein Lächeln.

Auf Raoul Meiers Gesicht erschien heute jenes Lachen nicht, mit der er sonst jeder Situation begegnete. Er fühlte, daß er verloren war, und begann sich schon nach einem Schlupfloch umzusehen, durch das er wenigstens seine eigene Person in Sicherheit bringen könnte.

Auf der Börse sahen ihn die Leute an, wie einen, von dem plötzlich bekannt geworden ist, daß er an einer schweren, ansteckenden Krankheit leidet.

Er selbst aber ging mit eiserner Stirn durch die Kulisse, setzte sich in seiner Box neben den Börsenvertreter, Herrn Löwensons, und plauderte über die gleichgültigsten Dinge.

Im Anfang war denn auch die Börse merkwürdig ruhig. Die Kursluft war gering, aber die Kurse wichen trotzdem nicht.

Da sah Raoul Meier den glänzenden Schädel seines ehemaligen Freundes Andrewski auftauchen, und wie mit einem Schlage änderte sich das Bild. Wer weiß, welchen Zweck er damit verfolgte, aber der Kommerzienrat mußte auch zu anderen geplaudert haben. Oder war von noch einer anderen Seite das Kriegsgerücht verbreitet worden? ...

Die große Wage, deren Schalen „Hausse" und „Baisse" heißen, kam auf einmal mächtig ins Schwanken. Die Gesichter der Fixer strahlten, und die Haussiers, deren König Raoul Meier bisher war, ergriff der blasse Schrecken. Im Handumdrehen sanken die Kurse um fünf, sechs, acht und zehn Prozent! ...

Da wagte Raoul Meier den letzten großen Streich und ließ durch seine Agenten, deren er sich für diesen Tag besonders versichert hatte, vor allem rumänische Anleihe in großen Mengen aufkaufen. Und was niemand zu hoffen gewagt, durch diese unerhörte Kühnheit kam die Déroute zum stehen! Die Kriegs- und Krisengerüchte, von einer offiziellen Bestätigung unterstützt, wurden von dieser, jeden neuen Eindruck sofort wieder folgenden Menge plötzlich nicht mehr für wahr gehalten. Die Fixer fluchten, und die Haussiers scharten sich abermals um Raoul Meier, der noch einmal triumphierte!

Jetzt erkannte er, aber vielmehr er glaubte die ganze Niedertracht Andrewskis zu erkennen: Dieser Schuft hatte die Kriegsnachrichten nur erfunden, um ihn zu verderben! Wer weiß, wie lange er schon in der Gegenmeinung stand und mit Raouls Feinden gegen das eigene Kind seiner Bank, die rumänische Anleihe, arbeitete! ...

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180802-18/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.
½8 Uhr.
Total neues Programm.
Petermann,
der denkende Hund. 1483
??? Waldon ???
Lea Mantl, die berühmte Kunstpfeiferin
und weitere Spezialitäten.
Sonntag ½4 Uhr: Familien-Vorstellung.
Militär und Kinder halbe Preise.
Kasse von 10—1½ und 4—8 Uhr.

Volkspark
Burgstrasse 27.
Morgen, Sonnabend, 3. August 1918, abends 8 Uhr:
Gr. bunter Abend
ausgeführt von der
Stummer-Müller-Gesellschaft.
1481 Die Geschäftsleitung.

Rucksäcke,
Wachstuch-Markttaschen
wieder lieferbar. 1384
Max Löschke,
Alter Markt 3.

K. Weinrich,
Roßschlächterei,
Böllbergerweg 30, Tel. 1876,
1160 zahlt für
Schlachtpferde
— die höchsten Preise. —

Alte Promenade 11a. Fernruf 5735. **U.T** **Leipzigerstraße 88.** Fernruf 1856.

Der Fried'l vom Hochland
Drama aus den Tiroler Bergen in 4 Akten.
Aufgenommen im Mittenwald.
In der Hauptrolle:
Ludwig Beck.
Königl. bayrischer Hofschauspieler.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.30.

„Im Tugendbund"
Köstliches Lustspiel in 3 Akten
mit **Kurt Vespermann.**
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.20.

1484
Alleiniges Erst-Aufführungsrecht.
„Der Sieg des Enterbten"
Drama in 5 Akten.
In der Hauptrolle:
Ika von Lenkeffy.
Vorführung: 4.50, 7.00, 9.20.

20 Minuten Aufenthalt.
Humorvoll. Lustspiel in 2 Akten
mit **Herbert Paulmüller.**
Vorführung: 4.10, 6.20, 8.40.

Eine U-Boot-Fahrt
Militäramtlicher Film.

In beiden Theatern: **Die neuesten Kriegsberichte.**
Beginn 4 Uhr.

Apollo-Theater
— Heute und folgende Tage ½8 Uhr: —
Die allbeliebten
Winter-Tymians
Deutschlands erste Herrengesellschaft. 1482
u. A. **Fritz Thurm-Silvaré,**
unübertroffener Damen-Darsteller
mit neuen Vorträgen u. Pracht-Kostümen.
Preise der Plätze wie gewöhnlich.
Vorverkauf täglich 9—1 und 5—½7.

Alte abgespielte, sowie zerbrochene 1486
Grammophon-Platten
u. Wachs-Walzen
kauft zu höchst. Preisen ohne Gegenkauf.
Gustav Uhlig,
Uhren u. Musikwerke.
Untere Leipzigerstr.

Bad Wittekind.
Heute abend 8 Uhr:
Abend-Konzert
*881 vom
Stadttheater-Orchester.

Mode-Zeitungen empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Peissnitz.
Sonnabend, 3. August 1918 abends 8 Uhr: 1488
Volks-Konzert
d. Stadttheater-Orchesters.
Eintritt 20 Pf.
Vorverkauf in der Hofmusikalienhandlung Heinr. Hothan.

Amtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Mager- oder Buttermilch.

Am Sonnabend, den 3. August 1918, von nachmittags 2 Uhr ab, erfolgt der Verkauf von Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 11 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse an folgenden Stellen: Molkereibesitzer John, Gr. Gosenstr. 17; Milchhändlerin Pötschke, Brandenburgerstr. 10; Milchhändlerin Pötschke, Wielandstr. 30.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der neuen Lebensmittelscheine mit den Nummern 65 001 — 67 000 und 68 001 — 69 000.

Eine spätere Belieferung der aufgerufenen Nummern findet von jetzt ab nicht mehr statt. Die zum Einkauf nicht benutzten Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse haben ihre Gültigkeit verloren.

Für jedes Kind vom vollendeten 6. bis 12. Lebensjahre wird ⅛ Liter Mager- oder Buttermilch auf den Abschnitt 11 des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse zum Preise von 12 Pfg. abgegeben.

Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, 2. August 1918. **Der Magistrat.**

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend den 3. August 1918.

Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 8001—11000 vormittags von 8—11 Uhr und die Inhaber der Nummern 11 001 bis 13 500 vormittags von 11—1 Uhr.

Für die Person eines Haushaltes können 55 Gramm zum Preise von 25 Pf. abgegeben werden.

Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Halle, den 3. August 1918. **Der Magistrat.**

Warnung vor ungekochter Milch.

Die an die Haushalte gelieferte Milch ist vor dem Gebrauch sofort abzukochen. Diese auf jeder Milchkarte aufgedruckte Mahnung ist aus Gesundheitsrücksichten in der gegenwärtigen Sommerzeit besonders genau zu beachten.

Die Jugend, die Milch holt, ist vor dem Unfug, der vielfach beobachtet werden kann, unterwegs von der Milch zu trinken, strenge zu warnen.

Halle, den 2. August 1918. **Der Magistrat.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, am Sonnabend, den 3., und am Montag, den 8. August 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden Graupen abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 2. August 1918. **Der Magistrat.**

Reichs-Kleidersammlung!

Der Kommunalverband Halle sollte nach Aufstellung der Behörde für die Bekleidung der Heimarmee 5845 Anzüge liefern. Bis jetzt fehlen noch 1500 an dieser Zahl. Die Reichsbekleidungsstelle hat zwar die Frist zur Aufbringung bis zum 15. August verlängert, aber keinen Zweifel darüber gelassen, daß die auferlegte Anzahl von Kleidungsstücken beschafft werden muß. Wir wenden uns daher neuerlich an die Einwohner unserer Stadt mit der Bitte, uns bei Erfüllung dieses vaterländischen Werkes durch reichliche Abgabe von Männer-Oberkleidung zu unterstützen.

Zweck der Sammlung ist, die in kriegswichtigen Betrieben beschäftigten Arbeiter, soweit sie ihre Arbeit nicht in Kleidung aus Ersatzstoffen verrichten können, mit der unbedingt notwendigen Kleidung gegen Bezahlung zu versorgen. Es handelt sich nicht um eine soziale, sondern um eine durch die Kriegsverhältnisse geforderte Maßregel. Zu den Arbeitern, für welche die Anzüge bestimmt sind, gehören neben denen der Rüstungsindustrie vor allem die Arbeiter in der Landwirtschaft, beim Eisenbahnbetrieb und im Bergbau.

Jedermann wird verstehen, daß alle diese Betriebe ungestört fortarbeiten müssen, nicht unterbrochen oder gestört werden dürfen; jedermann wird dieses Ziel nach Kräften fördern wollen; wenn er wünscht, daß sich unser Volk in seinem schweren Daseinskampfe behaupte.

Man liefere deshalb jeden entbehrlichen Anzug an die Alt-Kleiderstelle (Leipzigerstraße 17) ohne Zögern ab! Die Anzüge werden gut bezahlt.

Halle, 2. August 1918. **Der Magistrat.**

Verordnung über die Kartoffelversorgung.
(R. G. Bl. S. 733).

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Artikel 1.

Für den Verkehr mit Kartoffeln gelten die Vorschriften der Verordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 vom 28. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 569) mit den aus folgenden Vorschriften sich ergebenden Aenderungen:

1. Im § 1, Abs. 1, werden die Worte „vom 16. August 1917 bis zum 15. September 1918" sowie die Worte „Mengen an" gestrichen.

2. Im § 1, Abs. 2, wird an Stelle der Worte „Der Präsident des Kriegsernährungsamts kann" gesetzt:
„Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts kann nähere Bestimmungen treffen und."

3. Im § 2, Abs. 2, wird an Stelle der Worte „des Verbrauchs" gesetzt: „der Versorgung".

4. § 4 erhält folgende Fassung:
„Die Reichskartoffelstelle kann die Lieferung der von ihr festgesetzten Kartoffelmengen einem Ueberschußverband oder einer Vermittelungsstelle (§ 6) übertragen. Die Reichskartoffelstelle oder die von ihr beauftragten Stellen bestimmen, in welchen Mengen und zu welchen Zeiten Kartoffeln aus einem Kommunalverband an die Reichskartoffelstelle oder die von ihr bestimmten Stellen zu liefern sind.
Die Bedarfsverbände sind verpflichtet, die zugewiesenen Kartoffelmengen am Verladeort abzunehmen. Den Bedarfsverbänden gleich stehen die Heeresverwaltungen, die Marineverwaltung, die Reichsbranntweinstelle und die Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft.
Die Reichskartoffelstelle schreibt die Bedingungen der Lieferung und Abnahme vor."

5. Im § 5 wird an Stelle der Worte „mit Gefängnis bis zu einem Jahre" usw. bis „nicht" gesetzt:
„mit Geldstrafe bis zu einhundertfünfzig Mark oder mit Haft bestraft werden".

6. Im § 7 wird im Absatz 1 an Stelle der Worte „landwirtschaftlichen Betrieb" und im Absatz 3 an Stelle der Worte „Unternehmer eines landwirtschaftlichen Betriebs" gesetzt:
„Kartoffelerzeuger".

7. Im § 8 wird im Absatz 1, Satz 2, an Stelle der Worte „landwirtschaftlichen Betrieb" und im Absatz 3, Satz 1, an Stelle der Worte „landwirtschaftlichen Betriebe" und an Stelle des Wortes „Betriebe" gesetzt:
„Kartoffelerzeuger";
im Absatz 3, Satz 2, wird an Stelle der Worte „den Betrieben" gesetzt:
„den Kartoffelerzeugern".

8. Im § 9 werden im Absatz 1, Satz 2, an Stelle der Worte „ihre landwirtschaftlichen Betriebe" die Worte:
„die Kartoffelerzeuger ihres Bezirks",
im Absatz 2, Satz 1, an Stelle der Worte „ihre landwirtschaftlichen Betriebe" die Worte:
„die Kartoffelerzeuger"
und im Absatz 2, Satz 2, an Stelle der Worte „den Betrieben" die Worte:
„den Erzeugern"
gesetzt.

9. § 15 erhält folgende Fassung:
„Die Beamten der Polizei und die von der Reichskartoffelstelle, den Vermittelungsstellen, den Kommunalverbänden oder der Polizeibehörde beauftragten Personen sind befugt, in Räume, in denen Kartoffeln gelagert, feilgehalten oder verarbeitet werden oder in denen Kartoffeln zu vermuten sind, sowie in Räume, in denen Vieh gehalten oder gefüttert wird, einzutreten, daselbst Besichtigungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und die vorhandenen Vorräte festzustellen.
Die Besitzer der Räume sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen haben den nach Abs. 1 zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern die Vorräte sowie deren Herkunft, insbesondere bei Erwerb von Dritten den Veräußerer nach Namen und Wohnung und den Kaufpreis anzugeben und Auskunft über die Verwendung der Vorräte zu erteilen. Sie haben den zum Betreten der Räume Berechtigten auf Erfordern bei der Feststellung der Vorräte Hilfe zu leisten. Wird die Hilfeleistung verweigert, so kann die zuständige Behörde die erforderlichen Arbeiten auf Kosten des Verpflichteten durch Dritte vornehmen lassen."

10. § 16 Satz 2 enthält folgende Fassung:
„Sie können anordnen, daß die den Kommunalverbänden und Gemeinden übertragenen Verpflichtungen und Befugnisse durch deren Vorstand wahrgenommen werden."

11. Hinter § 16 wird als § 16a folgende Vorschrift eingefügt:
„Der Kommunalverband kann Kartoffeln, die einer ordnungsmäßig ergangenen Aufforderung zuwider nicht angezeigt oder bei behördlicher Nachprüfung verheimlicht oder sonstwie der Aufnahme entzogen werden oder die der Kartoffelerzeuger vorschriftswidrig zu verwenden oder zu veräußern sucht, sowie Kartoffeln, die unbefugt in den Verkehr gebracht werden, ohne Zahlung einer Entschädigung zugunsten des Kommunalverbandes für verfallen erklären. Der Kommunalverband kann schon vor der Verfallerklärung die zur Sicherstellung der Kartoffeln erforderlichen Anordnungen treffen.
Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub."

12. Im § 17 Nr. 1 wird an Stelle der Worte „der §§ 2,13" gesetzt: „des § 2, § 13 Abs. 1".

13. § 17 Nr. 4 erhält folgende Fassung:
„4. Wer der Vorschrift im § 15 zuwider den Eintritt in die Räume, die Besichtigung, die Einsicht in die Geschäftsaufzeichnungen, die Feststellung der vorhandenen Vorräte oder die Hilfsleistung bei dieser Feststellung verweigert."

14. § 17 Abs. 2 erhält unter Streichung des Schlußpunktes folgenden Zusatz: „soweit sie nicht gemäß § 16a für verfallen erklärt worden sind".

15. § 19 Abs. 1 wird gestrichen.

16. Im § 2 Abs. 4, § 5 Satz 1, § 8 Abs. 2 Satz 3, § 13 Abs. 1 Satz 1, § 16 Satz 1, § 18 wird das Wort „Präsident" durch das Wort „Staatssekretär" ersetzt.

Artikel 2.

Die Bestimmungen der Verordnung über Kartoffeln vom 16. August 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 718) sowie die Bestimmungen, die auf Grund des § 2 Abs. 1 bis 3 und des § 11 Satz 2 der Verordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 vom 28. Juni 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 569) erlassen worden sind, bleiben bis zu ihrer Aufhebung oder Abänderung in Kraft.

Artikel 3.

Der Reichskanzler wird ermächtigt, den Wortlaut der Verordnung über die Kartoffelversorgung, wie er sich aus Artikel 1 dieser Verordnung ergibt, in fortlaufender Nummernfolge der Paragraphen unter der Ueberschrift: „Verordnung über die Kartoffelversorgung" und dem Datum dieser Verordnung im Reichs-Gesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel 4.

Diese Verordnung tritt mit dem 1. August 1918 in Kraft.

Berlin, den 18. Juli 1918.

Der Reichskanzler. In Vertretung: von Waldow.

Rechtskenntnis ist der beste Rechtsschutz.

Das Eherecht (Verlöbnis, Eheschließung, Ehenichtigkeit und Wirkungen der Ehe)	1.00 M.
Das Ehescheidungsrecht	1.00 „
Gesetzliches Erbrecht	1.00 „
Das Mietsrecht	1.00 „
Verwandtschaftsrecht	1.00 „
Vormundschaftsrecht	1.00 „
Das Recht der Testamente und Erbverträge	1.00 „
Schenkung, Leihe, Bürgschaft, Darlehn	1.00 „
Strafprozeß	1.00 „
Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit	0.50 „
Auftrag und Verwahrungsvertrag	0.50 „
Bundesrat und Reichstag	0.50 „

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Werkzeugschlosser, Schnitt- u. Stanzenbauer
möglichst ältere Jahrgänge, für meine Werkzeugfabrik mit ausschließlich dringendsten Heereslieferungen beschäftigt, nach Dringlichkeitsklasse I, sofort gesucht.
*603 Schriftliche oder persönliche Meldungen bei
Gossweiler Werkzeug-Fertigmacherei Schwarzenberg i. Schl.

Junges, umsichtiges Mädchen zu meinem 3jährigen Töchterchen gesucht.
1480 **Olga Hoppe,** Kuhgasse 6.

Suche flotte 1479 **Zuarbeiterin**
Kuhgasse 6, Putzgeschäft.

Ohne Zucker.
Rezepte zum Einmachen v. Früchten ohne Einkoch-Apparat u. ohne Zucker,
sowie die
besten Rezepte z. Einkochen von Gemüse.
Preis 25 Pfg.
Porto 5 Pfg.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle, Harz 42/44.

Kopfwäsche
Frisieren.
Hauben-Netze
Stück 1.50, Dtzd. 14.70 Mk.
Zöpfe
gr. Auswahl, billige Preise.
Ankauf von ausgekämmt. Damenhaar.
Zopf-Siebert,
nur Leipzigerstr. 33.
Tel. 3129.

Die Entwickelung der Angestellten-Versicherung
und die
Versicher.-Leistungen
ab 1. Januar 1918.
Preis 40 Pf. Porto 5 Pf.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle (S.), Harz 42/44.

Mir oder Mich?
Leitfaden zum Gebrauch d. Fürwörter.
Ein Lehr- und Uebungsbuch für den Selbstunterricht.
Preis 1.35 Mark
(nach auswärts 10 Pf. Porto.)
Zu beziehen durch die
Volksbuchhdlg., Halle,
Harz 42/44.

Die
Soziale Bilanz des Krieges
von Parvus.
Preis 25 Pfennig.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Möbel-Transporte
sowie Speditionsfuhren
führt sachgemäß aus 1128
Albert Ackermann,
Thomasiusstr. 15. Tel. 5643.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180802-18/fragment/page=0004

Arbeiterschutz in den Friedensverträgen.

Von Julius Deutsch.

Vor zwei Jahren hat die Gewerkschaftskonferenz der Ententestaaten in Leeds erklärt, daß der Friedensvertrag, der den jetzigen Krieg beenden und den Völkern die Freiheit und politische Unabhängigkeit geben soll, gleichzeitig der Arbeiterklasse ein Mindestmaß von Arbeiterschutz sichern müsse. Die Berner Gewerkschaftskonferenz im Oktober vorigen Jahres, die von den Arbeitern der Mittelmächte und einiger neutraler Länder beschickt war, machte sich gleichfalls diese Forderung zu eigen und stellte ein ausführliches Arbeiterschutzprogramm für den Friedenskongreß auf. Bürgerliche Sozialpolitiker, wie die Gesellschaft für soziale Reform in Berlin und nun auch die Oesterreichische Gesellschaft für Arbeiterschutz, verlangen ebenfalls eine Sicherung des internationalen Arbeiterschutzes durch den Friedensvertrag.

Diese Bestrebungen verdienen unsere ernste Beachtung.

Auf dem künftigen Friedenskongreß werden die wirtschaftlichen Fragen eine große Rolle spielen, eine größere als jemals auf früheren Friedenskonferenzen. Bei der innigen Verflechtung aller Wirtschaftsgebiete, deren Unlösbarkeit gerade der Weltkrieg so scharf erwiesen hat, kann es gar nicht anders sein, als daß den Wirtschaftsfragen mindestens eine ebenso große Bedeutung beigemessen wird wie den verschiedenen Landverteilungsplänen. Für das Gedeihen eines jeden Volkes ist die befriedigende Lösung seiner Wirtschaftsfragen viel wichtiger als die Frage, wohin der oder jener Fetzen Land geschlagen wird. Wir denken noch zu sehr in den Vorstellungen vergangener Jahrhunderte, in denen der Landerwerb so ziemlich das erste und einzige Kriegsziel war, während die Wirklichkeit längst darüber hinausgegangen ist. Unsere Zeit, die in ihrem entwickelten Wirtschaftsorganismus viel feinere Methoden der Herrschaftsausübung ausgebildet hat, bedarf der dinglichen Herrschaft über Land und Leute nicht mehr in derselben Weise wie etwa die Gutsherrschaft. Die Herrschaftsausübung braucht nicht mehr unter allen Umständen das Land selbst, sondern kann sich mit Handelsverträgen, Vorzugszöllen, Rohstoffüberkommen und Währungsabmachungen begnügen. Daß es sich in diesem Kriege um nichts anderes drehe als um die flandrische Küste oder um Elsaß-Lothringen oder um eine strategische Sicherung im Osten, kann nur der annehmen, der die entscheidenden großen Wirtschaftsfragen nicht sieht. In Wahrheit sind alle diese atavistischen Landverteilungspläne nur Aeußerlichkeiten, hinter denen sich die großen Fragen wirtschaftlicher Machtverteilung verbergen.

Von den wirtschaftlichen Dingen, von Zoll, Verkehr und Rohstoff wird deshalb vor allem auf dem Friedenskongreß gesprochen werden, und von ihnen wird mehr abhängen als von allen strategischen Sicherungen.

Die Erörterung wirtschaftlicher Fragen ist ohne die sorgfältige Beachtung des Arbeiterschutzes nicht möglich. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben einen so großen Einfluß auf die Produktivität, daß jede Maßnahme auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft erheblich beeinflußt. Aus dieser Ueberlegung heraus ist der internationale Arbeiterschutz entstanden. So oft die Arbeiter eines Landes Schutzgesetze forderten, haben die Unternehmer eingewendet, daß die heimische Industrie gegenüber der ausländischen zu stark belastet würde. Um dieser „einseitigen Belastung" durch die nationale Sozialpolitik zu entgehen, griff man zur internationalen Regelung, die alle Industrien gleichmäßig treffen sollte.

Freilich, die Vertreter der Arbeiter haben gegen die Ersetzung des nationalen durch den internationalen Arbeiterschutz von vornherein ernste Bedenken erhoben. Sie machten geltend, daß der Arbeiterschutz in jener schrittweisen Entwicklung, wie er sich in allen Industrieländern vollzog, keineswegs zu einer Beeinträchtigung der industriellen Leistungsfähigkeit führen kann. Im Gegenteil, durch den Arbeiterschutz, der die Arbeiter gesünder und damit leistungsfähiger macht, der ferner die technische Entwicklung des Gewerbes fördert, wird die Industrie auf das günstigste beeinflußt. Die Industrie eines jeden Landes kann ruhig sozialpolitische Lasten auf sich nehmen; sie werden sich auf das beste verzinsen.

Andererseits nimmt die Durchführung des Arbeiterschutzes auf internationaler Grundlage notwendigerweise viel mehr Zeit in Anspruch als Reformen in einem einzelnen Lande. Der internationale Arbeiterschutz verzögert, ja verschleppt oft den nationalen. Die Arbeiter haben es deshalb immer so gehalten, daß sie wohl den internationalen Arbeiterschutz nicht ablehnten, vielmehr nach Kräften förderten und bei allen dahinzielenden Bestrebungen mitwirkten, daß sie aber das Schwergewicht ihrer Kraft stets auf die Verwirklichung des Arbeiterschutzes im eigenen Lande legten. Der internationale Arbeiterschutz wird von unserer Seite nicht als das alleinige Ziel des Strebens, sondern nur als eine Ergänzung des nationalen Arbeiterschutzes betrachtet.

Von ähnlichen Gesichtspunkten haben wir uns bei der Beurteilung des Arbeiterschutzes auf dem künftigen Friedenskongreß leiten zu lassen. Als eine Selbstverständlichkeit erwarten wir, daß durch den Friedenskongreß die bisherigen internationalen Arbeiterschutzverträge sofort wieder in Kraft gesetzt werden. Hierher gehören die im Jahre 1906 abgeschlossenen internationalen Verträge über die Verwendung von weißem Phosphor in der Zündhölzchenindustrie und die über die gewerbliche Nachtarbeit der Frauen. Auch die Vereinbarungen Oesterreich-Ungarns mit Italien über die Sozialversicherung müssen auf Friedenskongreß sofort wieder in Kraft gesetzt werden.

Eine weitere Aufgabe obliegt dem Friedenskongreß, indem er den zwei internationalen Verträgen, die im letzten Friedensjahr bereits fertig waren und deren Unterfertigung nur durch den Ausbruch des Krieges verhindert wurde, Gültigkeit verschafft. Es sind dies die Verträge über das Verbot der Nachtarbeit für jugendliche Arbeiter und über den zehnstündigen Höchstarbeitstag für Frauen.

Ueberdies lagen vor dem Kriege einige Vorlagen der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz vor, die die Fragen betreffen, deren Lösung kein sachlicher Grund mehr im Wege steht. Ueber Kinderschutz, Heimarbeit, Regelung der Arbeitszeit im ununterbrochenen Betrieb sowie über die Verwendung von Giften in der gewerblichen Produktion könnte jede Stunde ein Abkommen unterzeichnet werden, das den Arbeitern ein gewisses Mindestmaß an Schutz sichert.

Sehr viel für den Friedenskongreß mit den bis jetzt genannten Arbeiterschutzmaßnahmen beschäftigen würde, hätte er ein leichtes Spiel. Schwieriger wäre die Lösung einer Anzahl weiterer Fragen, für die noch keine genügenden Vorarbeiten vorliegen oder die sich durch den Krieg so verändert haben, daß die früher gemachten Vorarbeiten nicht mehr ausreichen. Will man sich mit ihnen beschäftigen, dann wäre es höchste Zeit, mit den Vorarbeiten zu beginnen. Das Internationale Arbeitsamt in Basel müßte angewiesen werden, eingehende Erhebungen in allen Industriestaaten anzustellen, um jene Arbeiterschutzfragen, die noch nicht geklärt sind, der Klärung zum Zweck einer internationalen Lösung zuzuführen. Wohl würden alle Vorarbeiten darunter leiden, daß die kriegführenden Staaten vorerst nicht kein Interesse an ihnen haben, sondern jeder derartigen Untersuchung mißtrauisch gegenüberstehen. Aber jene Regierung wird sich ein großes kulturelles Verdienst erwerben, die sich an die Spitze stellt und wenigstens die Vorarbeiten zur internationalen Lösung gewisser Arbeiterschutzfragen, wie Freizügigkeit (Wanderungen), Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene, Arbeiterinnenschutz usw. anregt. Dürfen wir diese Initiative von der österreichischen Regierung erwarten? Sie würde damit zur Wiederverständigung der Kulturvölker und zur Heilung der Kriegsschäden unendlich viel beitragen; sie würde beweisen, daß ihr beim Abbau des Krieges der Aufbau des Menschengeschlechts am Herzen liegt; das ist allerdings etwas viel für eine österreichische Regierung.

Daß der Friedenskongreß bei der Erörterung der Wirtschaftsfragen, die eine seiner gewichtigsten Aufgaben bilden wird, nicht umhin wird können, auch den internationalen Arbeiterschutz zu behandeln, scheint uns ziemlich klar. Aber wir geben uns keiner Täuschung hin: weder über den Willen der Regierungen, den Friedenskongreß zur Lösung sozialpolitischer Fragen zu benutzen, noch über die Aussichten, durch die Friedensverträge eine wirksame Vermehrung des Arbeiterschutzes zu erlangen. Nichtsdestoweniger werden wir natürlich nichts unversucht lassen, um vom Friedenskongreß so viel als möglich zu erreichen. Aber unser Hauptaugenmerk bleibt nach wie vor auf den Arbeiterschutz im eigenen Lande gerichtet!

Gewerkschaftliches.

Eine Loheningabe für die oberschlesischen Bergarbeiter

haben die vier Bergarbeiterverbände an den Schlesischen Berg- und Hüttenmännischen Verein gerichtet. Es werden in der Eingabe folgende Vorschläge zur Lohnaufbesserung gemacht:

1. Das Gedinge der Hauer ist derart zu erhöhen, daß bei normaler Arbeitsleistung ein Lohn nicht unter 12,50 Mk. verdient werden kann.
2. Der ersten Forderung entsprechend Erhöhung des Gedinges für Füller und Schlepper, so daß ihr Lohn im bisherigen Verhältnis zu dem Hauerverdienst bleibt.
3. Werden Hauer im Schichtlohn beschäftigt, so ist ein Lohn von 10 Mark zu zahlen.
4. Allen unter und über Tag beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen, einschließlich der Jugendlichen, ist eine Lohnerhöhung von 25 Prozent zu gewähren. Soweit für diese Arbeiter im Juli bereits Lohnzulagen bewilligt wurden, können sie in Anrechnung gebracht werden.
5. Für jedes Kind unter 14 Jahren ist eine monatliche Zulage von 6 Mk. zu zahlen.

Gleichzeitig ist die Eingabe mit dem Hinweis auf die immer krasser zutage tretende Notlage der Bergarbeiter dem stellvertretenden Generalkommando und dem Oberbergamt Breslau, dem Handelsministerium und dem Kriegsamt in Berlin übermittelt worden. Diese Behörden werden gebeten, ihren Einfluß aufzubieten, daß die dem Berg- und Hüttenverein angeschlossenen Werke den in der Eingabe aufgestellten Vorschlägen entgegenkommen.

Arbeiterforderungen in Rheinland-Westfalen.

Aus Solingen wird dem B. T. berichtet: Eine Versammlung von 3000 Solinger Industriearbeitern lehnte das Zugeständnis der Fabrikanten auf Verkürzung der Arbeitszeit von 57 auf 54 Stunden wöchentlich ab und beharrte auf einer 50stündigen Arbeitszeit ohne Lohnkürzung.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. August 1918

Und wieder die Pistole.

Aus landwirtschaftlichen Kreisen gehen der Saalezeitung folgende Ausführungen zu, die das liberale Blatt merkwürdigerweise ohne jeden Kommentar wiedergibt:

„Es erscheint dringend geboten, daß die Druschprämien zeitlich neu geordnet werden, und zwar so, daß die höchste Prämie am 1. August beginnt, die zweithöchste am 15. August und so fort. Die Druschprämien sind nach bewährten bureaukratischen Mustern festgesetzt worden zu einer Zeit, wo noch niemand den Eintritt der Ernte auch nur annähernd beurteilen konnte. Der feuchte und kalte Juli hat die ganze Berechnung zuschanden werden lassen. Die Ernte tritt mindestens drei Wochen später ein, wie angenommen war. Das hat für die landwirtschaftlichen Betriebe eine so gewaltige Anhäufung von Arbeiten auf einen um drei Wochen verkürzten Zeitraum zur Folge, daß auf einen bedeutenden Ausdrusch kaum mehr gerechnet werden kann, wenn nicht durch die Frühdruschprämien ein Anreiz geschaffen wird, die durch den Ausdrusch entstehenden Schwierigkeiten und Mehrkosten zu übernehmen. Ob unsere Versorgung es vertragen könnte, wenn vor der Herbstbestellung nur kleine Mengen Getreide verfügbar würden, erscheint doch sehr zweifelhaft. Kann sie es nicht ertragen, dann ist allerdings rasches, kurz entschlossenes Handeln der Versorgungsbehörde erforderlich."

Diese Methode der landwirtschaftlichen Kreise ist nicht neu, aber sie bleibt ungeheuerlich. Sie geht offensichtlich darauf aus, die Notlage des Volkes zum Zwecke der Steigerung des Gewinnes durch Druck auszunützen, denn die Schlußsätze der Zuschrift an die Saalezeitg. bringen nur zu deutlich zum Ausdruck, daß die Landwirte nur zögernd ausdreschen lassen, wenn ihnen nicht die hohen Frühdruschprämien auch für spätere Zeit gewährt werden. So etwas können sich natürlich nur die „Großen" leisten, denn die kleinen Landwirte brauchen Geld und müssen dreschen und abliefern, wenn das Korn reif und eingefahren ist. Diese Erpressertaktik nennt man dann — — „große Kriegsopfer bringen".

Man darf erwarten, daß die Ernährungsbehörden der angedrohten Rücksichtslosigkeit nicht nur nicht nachgeben, sondern auch wirksame Mittel zu ihrer Bekämpfung anwenden werden. Sonst kommt die Pistole überhaupt nicht zur Ruhe.

Beschwerde über die Lebensmittelverteilung.

In einem Eingesandt der Saalezeitung wird eine Reform der Verteilung gefordert mit folgender Begründung::

„Und wieder werden die ersten Nummern der Lebensmittelscheine bevorzugt; denn oft reichen die betreffenden Vorräte nicht bis zum Ende, und über die Hälfte der Einwohner geht leer aus. Muß das nicht alle, selbst die geduldigste Hausfrau verärgern? Ich selbst — Nr. 33 . . . — habe weder Talg, noch Kirschen, noch Heidelbeeren erhalten; die früheren Ausfälle nicht gerechnet. Wie oft habe ich mich schon über die ungerechte Verteilung geärgert. Dadurch, daß ständig die ersten Nummern die Bevorzugten sind, fällt auch für die höheren Nummern so mancher vorteilhafte Kauf in der Talamtschule kurz; denn so manche Nahrungsmittel werden dort frei verkauft, und nur der zufällig Anwesende erfährt davon. Kommt man nun nach der Talamtschule und bittet höflichst um Grund so vieler unverwendeter Marken des Warenbezugsscheines um irgendeine Ersatzlieferung, so bekommt man nicht diese, sondern schroffe Abweisung von den verkaufenden Damen.

Würde man eine Liste zur Unterschrift der Namen all der leerausgegangenen Hausfrauen sammeln und sie dem Magistrat vorlegen, so würde der Magistrat unsere berechtigten Klagen anerkennen müssen."

Diese Klagen sind nicht neu, aber ein gut Teil Berechtigung ist ihnen schon entzogen worden dadurch, daß die Verteilung einmal mit den niedrigen, das anderemal mit den hohen Nummern beginnt. So fällt eben jeder einmal aus. Es ist natürlich zu verlangen, daß durch die Stadt in jedem Falle so viel Waren angeschafft werden, daß alle Familien befriedigt werden können.

* **Nachahmenswert.** Eine einschneidende Verordnung für Mieter und Vermieter ist für die Stadt Mainz in Kraft gesetzt worden. Danach dürfen Ein- bis Fünfzimmerwohnungen nur dann gekündigt und anderweitig vermietet werden, wenn die Kündigung durch das städtische Mieteinigungsamt genehmigt ist. Eine Ausnahme bildet nur der Fall, daß Mieter und Vermieter über die Auflösung des Mietverhältnisses einig sind.

* **Die Kartoffelversorgung** betrifft eine neue Verordnung des Bundesrats, die wir in der nächsten Nummer veröffentlichen werden. Eine weitere Verordnung betrifft die Regelung des Verkehrs mit Käse, Quark und anderen Molkereiprodukten, worüber die Reichsstelle zu entscheiden hat. Im wesentlichen läuft die Neuerung auf eine Preiserhöhung hinaus.

* **Das Ende der Marmelade 1917.** Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit, daß die Restbestände an inländischer Marmelade aus der vorjährigen Ernte nunmehr zur Ausgabe gelangt sind. Es werden deshalb in den nächsten Monaten bis zum Eintritt in die neue Ernte nur geringe Zuweisungen an Brotaufstrichmitteln, und zwar in der Hauptsache Kunsthonig, ab und zu erfolgen können. Von dem Ergebnis der neuen Ernte hängt es ab, ob wir im kommenden Winter wieder so gut mit Brotaufstrich versorgt werden können, wie das im vergangenen Halbjahr der Fall war.

* **Erhöhung des Reichsreisebrotanteils.** Vom 19. August an sind an Reichsreisebrotmarken für jeden Reisetag je 5 Stück auszugeben über zusammen 250 Gramm Gebäck.

* **Spielwaren sind Gegenstände des täglichen Bedarfs.** Auf eine Anfrage von interessierter Seite hat die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts sich dahin geäußert, daß Spielwaren insoweit zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs zu zählen sind, als für sie bei dem größeren Teil des Volkes, insbesondere bei Kindern, ein regelmäßig wiederkehrendes Bedürfnis vorliegt. Es sind deshalb Gesellschaftsspiele, wie Lotto, Geduldspiele, Musikinstrumente, wie Mundharmonikas, Puppenstuben, Puppenwagen, Puppenbadewannen den Gegenständen des täglichen Bedarfs zugezählt worden, insofern es sich nicht um besonders wertvolle Ausführungen und Luxusgegenstände handelt. Es ist hierbei auch berücksichtigt worden, daß gerade Gesellschafts- und Geduldspiele in erheblichen Maße für die Truppen im Felde und in Lazaretten angefordert werden. Eine Menge von Spielsachen wird außerdem auf den Märkten gehandelt. Gegenstände des Wochenmarktverkehrs gehören allgemein zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs, wie in der Begründung der Verordnung über Höchstpreise vom 4. August 1914 angegeben ist.

* **Winter-Tymians** begannen gestern im Apollotheater ihr neues Gastspiel und erzielten, wie man es erwarten durfte, nicht nur ein vollbesetztes Haus, sondern auch lebhaften Beifall. Wir kommen auf die Darbietungen zurück.

* **Das Walhallatheater** bringt mit seinem neuen Spielplan wie immer wieder eine Reihe ausgezeichneter Varietédarbietungen. Es ist erstaunlich, wie in der gegenwärtigen Kriegszeit, die doch allenthalben einen fühlbaren Mangel an leistungsfähigen menschlichen Kräften bringt, die Direktion des Theaters es fertig bringt, eine solche Fülle gediegener Leistungen zusammenzubringen. Alle „Fächer" sind im „internationalen" Programm vertreten: Die Soubrette (freilich in der Gestalt eines recht kräftig entwickelten Mannes), der Schlangenmensch, der in recht interessanter Aufmachung seine Kunste zeigt, die Jongleure, die wirklich Staunenswertes vorführen, die Tanzdiva, die sogar einen Schlittschuhlauf auf der hölzernen Bühne imitiert, der denkende Hund, der besonderes Zeugnis von seiner denkenden Vorführerin ablegt, die Komiker, die uns im Theater an den Zirkus erinnern, usw. Ganz besonderer Erwähnung verdient die Kunstpfeiferin Lea Manti, die noch kaum Gehörtes vorträgt, und der bayerische Seppl Mauermeier, der mit urwüchsiger Komik die neuesten „Schlager" in Witzen vorträgt. Das Publikum nahm die Darbietungen mit lebhaftem Beifall auf, und sicherlich wird das Walhalla im Zeichen des „Internationalismus" guten Besuch verzeichnen können, denn das Programm ist sehenswert.

* **Mildernde Umstände zugebilligt.** Zwei Hallische Frauen waren vor dem Schöffengericht angeklagt, aus dem Saalkreise Kartoffeln ausgeführt zu haben, was nach dem Korpsbefehl vom 18. September 1917 verboten ist. Sie hatten Strafbefehle über je zehn Mark erhalten und dagegen Einspruch erhoben. Jede der Frauen hatte 20 Pfund Kartoffeln erhalten und dafür 2,50 Mk. bezahlt. Die Kartoffeln wurden beschlagnahmt. Das Gericht konnte sich der Entschuldigung der Frauen mit der Notlage nicht entziehen und erkannte auf eine Geldstrafe von je fünf Mark, sowie auf Einziehung der beschlagnahmten Kartoffeln.

* **Volkskonzert des Stadttheaterorchesters auf der Peißnitz.** Wie bereits bekanntgegeben, findet das nächste Volkskonzert des Stadttheaterorchesters unter Leitung von Kapellmeister Karl Röhren morgen, Sonnabend, abends 8 Uhr, auf der Peißnitz statt. Die Vortragsfolge bringt im 1. Teil die Ouvertüre zu Die lustigen Weiber von Windsor von Nicolai, das Largo von Händel und Ungarische Rhapsodie Nr. 1 in F von Liszt. Im 2. Teil gelangen Webers Oberon-Ouvertüre, ein Menuett von Karl Röhren und Richard Wagners Einzug der Götter in Walhall aus Rheingold zum Vortrag. Den Schlußteil bilden Rossinis Ouvertüre zu Wilhelm Tell und zwei Slawische Tänze von Dvorak. Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. sind zu haben in der Hofmusikalienhandlung Heinrich Hothan und an der Abendkasse auf der Peißnitz.

* **Gefundenes.** In der Zeit vom 16. bis 31. Juli sind nachstehende Gegenstände bei der Polizeiverwaltung als gefunden abgegeben oder angemeldet worden: 5 Geldtäschchen mit Inhalt, verschiedene Geldscheine, 1 silb. Halskette, 1 Damenuhrkette, 1 Tasche mit Reklamesachen, 1 Messer, 1 Feile, 1 Kinderschuh, 1 wollenes Tuch, 1 Sack, mehrere Schlüssel. Die Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbureau, Drehhauptstraße 4, Zimmer 100, geltend zu machen.

* **Vermißt wird seit 29. 7. 18 die Kontoristin Frieda Lamwagen** geb. am 20. 9. 1898 zu Halle, 1,67 groß, schlank, dunkles Haar, braune Augen, volles Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe. Kleidung nicht bekannt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Selbstmord vorliegt. Wer Mitteilungen über den Verbleib der Vermißten machen kann, wird gebeten, dies der Kriminalpolizei, Zimmer 46 oder 38, mitzuteilen. Um weitere Verbreitung in der Presse und Beachtung bei Auffindung von Ertrunkten wird ersucht.

* **Selbstmordversuch am Grabe.** Gestern nachmittag wurde eine 20jährige ledige Frauensperson zwischen Gräbern auf dem Nordfriedhofe hilflos aufgefunden. Sie hatte in selbstmörderischer Absicht Lysol getrunken. Lebensgefahr besteht nicht.

* **Aehrendiebstähle.** Durch berittene Polizeibeamte wurden im Laufe des gestrigen Tages auf einem Gerstenfelde am Röpziger Wege drei jugendliche Personen, auf einem Roggenfelde an der Fuchsbergstraße eine Frau und auf einem Felde am Lettiner Wege zwei Frauen beim Aehrendiebstahl betroffen. Ferner wurde ein Mann, der ein an der Röpziger Straße belegenes Haferfeld unbefugt betreten hatte, festgestellt.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Sonnabend, den 3. August: Zunächst heiter, trocken, tagsüber warm.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180802-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz.

Für die Freiheit des Aehrenlesens.

Viele Landwirte haben das Betreten ihrer Felder zum Zwecke des Aehrenlesens verboten oder nur bedingungsweise gestattet. Aber wenn niemand die geräumten Getreidefelder betreten darf, gehen alle liegengebliebenen Aehren verloren, und dadurch entsteht großer Schaden für die Allgemeinheit. Darum ist eine Bekanntmachung des Ronneburger Landratsamts zu begrüßen, worin es heißt: „Da das Aehrenlesen ein Recht der Armut ist, dürfen Feldbesitzer den Armen das Lesen nicht verwehren, wenn diese die gesetzlichen Einschränkungen einhalten. Das Recht zum Aehrenlesen erstreckt sich aber nur auf die eigene Flur und darf nur in der Zeit von 6—12 und 2—8 Uhr ausgeübt werden. Eine eigenmächtige Aenderung der festgesetzten Zeit durch die Gemeinden ist nicht zulässig."

Hausschlachtungen nur noch bis Januar.

Der Viehhandelsverband der Provinz Sachsen gibt bekannt: Laut Verfügung des Preußischen Landesfleischamtes ist als letzter Tag für die Schweine-Hausschlachtungen der 31. Januar bestimmt. Nach diesem Termin dürfen Hausschlachtungen von Schweinen nicht mehr vorgenommen werden.

Einige Blätter versehen diese Mitteilung mit der Ueberschrift: Hausschlachtungen nur noch im Januar. Das ist wohl nicht zutreffend. Unmöglich können die Hausschlachtungen in einem Monat durchgeführt werden. Es sei denn, daß eine starke Beschränkung der Hausschlachtungen geplant ist. Wäre das aber der Fall, hätte die interessierte Bevölkerung natürlich Anspruch darauf, zeitig und richtig informiert zu werden.

Gemüseverkauf nach Fläche untersagt.

Der flächenweise Aufkauf von Früh- und Herbstgemüse durch Kommunalverbände oder andere Bedarfsstellen ist unzulässig. Nach § 1 der vom Stellvertreter des Reichskanzlers am 3. April 1917 erlassenen Verordnung über Gemüse, Obst und Südfrüchte müssen Verträge, durch die sich Erzeuger vor der Aberntung zu entgeltlichen Lieferungen von Gemüse und Obst verpflichten, das von ihnen selbst abgeerntet wird, schriftlich abgeschlossen und von der Reichsstelle für Gemüse und Obst genehmigt werden. Verträge, die unter Außerachtlassung dieser Bestimmung abgeschlossen werden, sind ohne weiteres als rechtsunwirksam anzusehen. Wer solche Verträge erfüllt, macht sich strafbar. Im eigenen Interesse werden daher die Gemüsezüchter gewarnt, sich durch noch so vorteilhafte Angebote zu derartigen rechtswidrigen Abmachungen verleiten zu lassen.

Merseburg. Die künftige Brotration. Da es an Streckungsmitteln fehlt ist es dem Kommunalverband nicht möglich, wie früher, 4 Pfund Brot pro Kopf und Woche zu gewähren. Die Ration im Kreise kann infolgedessen vom 19. dieses Monats ab im allgemeinen nur von 3½ auf 3¾ Pfund heraufgesetzt werden. In den fleischlosen Wochen gibt es jedoch 4 Pfund Brot, es wird also ein Ausgleich für das fehlende Fleisch gewährt.

— Tödlicher Unglücksfall. Dienstag nachmittag wurde auf dem hiesigen Güterbahnhofe der jugendliche Rangierer Elfke aus Spergau beim Rangieren überfahren und so schwer verletzt, daß der Verunglückte, der sofort nach Halle in die Klinik gebracht wurde, bald nach der Einlieferung verstorben ist. Es waren ihm beide Beine abgefahren worden.

— Diebstahl. Auf dem Güterbahnhofe wurde aus dem Aufenthaltsraum für Rangierer ein Fahrrad gestohlen. Bisher konnte der Dieb noch nicht ermittelt werden.

Querfurt. Gegen die Drückeberger bei der Hühnerhalter bei der Ablieferung von Eiern wendet sich der Landrat abermals in einer Bekanntmachung. Darin wird gesagt: „Ich habe in letzter Zeit leider feststellen müssen, daß die Eierablieferungen ganz erheblich nachgelassen haben. Wenn auch nicht bestritten werden soll, daß die Legetätigkeit der Hühner abgenommen hat, so dürfte die Ursache der geringen Eierablieferungen doch nicht allein hierin zu suchen sein. Es ist vielmehr Tatsache, daß ein großer Teil der Hühnerhalter einen Teil der Eier unter der Hand zu höheren Preisen verkauft. Da nun aber die Eier zur Versorgung der Großstädte, insbesondere der Krankenhäuser und Lazarette, dringend gebraucht werden, werde ich für die Folge jeden einzelnen Fall der unerlaubten Abgabe von Eiern, der mir angezeigt wird, der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben. Außerdem haben die Betreffenden besondere Zwangsmaßnahmen zu gewärtigen. Ich kann daher jedem Hühnerhalter nur dringend raten, alle Eier nur an die vom Kreise zugelassenen und mit einem Ausweis versehenen Aufkäufer abzuliefern, um sich nicht wegen eines ganz geringen Mehrverdienstes einer Bestrafung auszusetzen und Gefahr zu laufen, daß ihm später die für die Wintermonate zurückgelegten Eier wegen mangelhafter Ablieferung zwangsweise weggenommen werden."

Es ist zu begrüßen, daß der Landrat scharf vorgeht gegen die pflichtvergessenen Hühnerhalter. Aber er irrt, wenn er meint, die Abgabe der Eier im Schleichhandel brächte nur „einen ganz geringen Mehrverdienst". Auch im Kreise Querfurt gibt es Landleute in großer Zahl, die ihren Kriegspatriotismus so bekunden, daß sie sich für Eier das Doppelte und Mehrfache der amtlich festgelegten Sätze zahlen lassen.

— Lebensmittel. Auf Lebensmittelkarte II kommen demnächst zur Verteilung: 100 Gr. Graupen auf Bezugsabschnitt 11, 125 Gr. Morgentrunk oder Maggisuppenerzeugnisse auf 12, 200 Gr. Marmelade auf 13, 250 Gr. Kunsthonig auf 14. Die Stammkarten sind bis 6. Aug. dem betr. Kleinhändler, bei welchem die Waren entnommen werden sollen, vorzulegen.

— Kartoffelverkäufe. Für die Woche vom 29. Juli bis 4. August d. J. gelangen 5 Pfund Frühkartoffeln auf den Kopf der versorgungsberechtigten Bevölkerung durch die Kleinhandelsgeschäfte zur Verteilung. Der Verkauf beginnt am Donnerstag, den 1. August cr., gegen Abgabe der Warenmarke Nr. 2 der städtischen Warenbezugskarte zum Preise von 12 Pf für das Pfund.

— Schulanfang. Der Unterricht der Stadtschule beginnt Dienstag, den 6. August, vormittags 8 Uhr. Für die gewerbliche und die kaufmännische Fortbildungsschule fängt der Unterricht an demselben Tag an, und zwar für erstere abends 6 Uhr, für letztere abends 7 Uhr.

Freyburg. Kommerzienrat Foerster hier gibt zu den Unterfertigern des Aufrufes der Kaiserstreuen gegen die Sozialdemokratie, den wir im politischen Teil der vorliegenden Nummer veröffentlichen, dieses unglaublichen Dokumentes politischer Hetzarbeit gegen die Arbeiterbewegung. Das Selkmachen und -verkaufen bringt jetzt sehr viel Geld ein; da kann man sich die Abneigung gegen Demokratie (der Steuergesetzgebung!) und Sozialismus schon etwas kosten lassen!

Gerbstedt. Sechszehn Ehrenfeldhüter hat sich unsere Stadt zugelegt zum Schutz gegen die Feldiebstähle. Es sind das die Landwirte Mertens, Sauer, Suppe, Steinhoff, Thiele, Rollert, Oppermann, Friedrich Saalbach, Walter Saalbach, Gärtner Buttenberg, Spediteur Franke, Kohlenhändler Jurhofe, Fleischermeister Karl Weber, Gastwirt Martin, Tischlermeister Hummel und Bergmann Jurhofe.

Sangerhausen. Mit der Einführung des neuen Bürgermeisters begann die Stadtverordnetensitzung am Mittwoch. Bürgermeister Brüninghaus dankte für die ihm vom Ersten Bürgermeister und vom Vorsteher gewidmeten freundlichen Worte und gab das Versprechen ab, sich des Vertrauens, das ihm durch die Wahl zuteil geworden, stets würdig zu erweisen. Er hoffe, durch seine Amtsführung mit der Zeit auch die Zuneigung derjenigen Herren Stadtverordneten zu erwerben, die ihm bei der Wahl ihre Stimme nicht gegeben hätten. Dem vom Gericht angeregten Vergleich mit den vertragsbrüchig gewordenen acht Obstpächtern wurde zugestimmt. Die Herrschaften sind ihre Kaution losgeworden, haben eine Sühne und außerdem die Gerichtskosten zu zahlen. Für die Beschaffung von 10 Zimmereinrichtungen für heimkehrende Krieger, die die Firma Braun anfertigen und der Satz für drei Zimmer 1000 Mk. kosten soll, wird ein Darlehen von 10 000 Mk. bei der Stadtsparkasse aufgenommen werden. Das Angebot einer Bernburger Firma auf Lieferung von 4540 Zentner böhmischer Kohlen wurde angenommen, trotzdem die Kohlen sich auf 4 Mk. der Zentner stellen frei Tür. Die Kohlenhändler nehmen die Kohlen auf ihre Rechnung und geben sie an die Bürgerschaft ab. Für den Magistrat bleiben 80 Zentner Nußkohlen reserviert. Die Kosten mit 3360 Mk. werden bewilligt. Den Schluß der Verhandlungen bildete eine große Debatte über die Gasanstalt. Trotzdem der Referent sich die größte Mühe gab, von der Eigenbewirtschaftung der Gasanstalt abzuraten und sich für die Verpachtung an die Dresdner Licht- und Kraftwerke aussprach, die der Magistrat in seiner Vorlage empfahl, wurde diese mit 16 von 28 Stimmen abgelehnt, indem ein Antrag aus der Versammlung Annahme fand, die Gasanstalt ab 1. Oktober in Eigenbeschaftung zu nehmen. Diesem Beschluß wird sich der Magistrat wohl oder übel fügen müssen.

Zörbig. Wo bleibt der Brotzucker? Bekanntlich sollte es als Ersatz für die verkürzte Brotration mehr Zucker zugeteilt geben. Für Juni-Juli ist dies auch geschehen. Wo bleibt derselbe für Juli-August? Fast scheint es, als sollte für Zörbig dieses Quantum nicht zur Verteilung kommen, da er in der Umgegend bereits verteilt, hier aber noch gar keine Bekanntmachung erfolgt ist. Es wäre zu hoffen, daß noch vor der Erhöhung der Brotmenge die Ausgabe erfolge, zumal ja genügend Zucker auf Lager zu sein scheint, denn es kommt bis jetzt schon die 2. Rate Zucker an die Obstgartenbesitzer zur Verteilung. Es ist aber nicht recht, wenn auf diese Weise den einzelnen bis zu 50 Pfund und mehr als Entschädigung für abzuliefernde Marmelade verabfolgt werden, während dem, der nicht in der glücklichen Lage ist, Obstgartenbesitzer zu sein, oder Vorrat an Marmelade zu besitzen, seine 1 bis 1½ Pfund vorenthalten werden. Es wäre dringend zu hoffen, daß hier auf dem schnellsten Wege Abhilfe geschaffen würde.

Bitterfeld. Ungültige und neue Brotkarten. Von Montag, den 5. August, ab verlieren die alten Brotkarten ihre Gültigkeit und treten dafür neue Brot-, Brotzusatz- und Weißbrotkarten in Kraft. Die Brotkarten bestehen aus gelben, die Brotzusatzkarten aus weißgrauen und die Weißbrotkarten aus grünem Karton. Sämtliche Karten sind mit grünfarbigem Untergrunddruck in Form eines Adlers versehen. Die Karten haben bis einschl. Sonntag, den 1. September d. J. Gültigkeit.

— Die Butterverkaufsstelle in der Molkerei Fischer wird aufgehoben. Die Anwohner der daselbst in die Kundenliste eingetragenen Straßen wollen sich sofort unter Vorlegung des Brotscheines bei der Firma Kopp in der Zörbiger Straße neu einschreiben lassen. Der Verkauf bei Kopp erfolgt erstmals am 9. d. M. In der Molkerei Fischer erfolgt nur noch die Butterabgabe an Selbstversorger, Urlauber, das Krankenhaus und auf Zusatzkarten.

— Gemüseabgabe. Im Rathause kommen Bohnen, Weiß- und Wirsingkohl, Möhren und Zwiebeln von heute ab zur Abgabe.

Delitzsch. Die Stadtverordneten haben am Dienstag eine Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen einige wichtige Punkte, u. a.: Errichtung eines öffentlichen Arbeitsnachweises, Erhöhung der Gaspreise, Verlängerung des Vertrages mit dem Gaswerk, Verlängerung des Vertrages mit dem Elektrizitätswerk, Lohnerhöhungen der Arbeiter der Anlagen und Verkehrsverwaltung. Die Verhandlungen beginnen ½8 Uhr.

— Sonderzuteilung von Zucker. Die von den Ohmännern ausgestellten Sonderzuckerkarten seitens der Stadt erfparter Zucker im Gesamtwert von 375 Gramm pro Kopf sind spätestens bis zum 25. August bei den Zuckerkleinhändlern der Stadt einzulösen. Nach diesem Termin erfolgt keine Belieferung mehr.

Eilenburg. Kartoffeln gibt es auf Bezugsschein 104 7 Pfund. Sämtliche Bezugsscheine, auf die Kartoffeln verabfolgt wurden, verlieren mit Ende dieser Woche ihre Gültigkeit.

Mühlberg. Verkehrsverbesserung. Zwischen Falkenberg und Röderau sind einige Verkehrsverbesserungen eingetreten. Zwei Güterzüge sind zur Personenbeförderung für wochentags zugelassen, und zwar früh ein Zug von Röderau nach Falkenberg und abends ein Zug von Falkenberg nach Röderau. Der Frühzug mit Personenbeförderung geht ab Röderau 4.35, ab Jakobsthal 4.46, in Burzdorf 5.07, ab Burzdorf 5.18, ab Saxdorf 5.37, in Falkenberg 5.55 Uhr. Der Abendzug verkehrt: ab Falkenberg 8.15, ab Saxdorf 8.47, in Burzdorf 8.58, ab Burzdorf 9.35, in Röderau 10.17 Uhr. Die Kleinbahn Burzdorf—Mühlberg hat sich der Neueinrichtung angepaßt und Anschluß nach Mühlberg geschaffen. Es fährt der (Anschluß-) Zug 8 wochentags: ab Burzdorf 9.07, am Mühlberg 9.32 Uhr. Am 2. September tritt aber bereits eine Aenderung bei dem Abendzuge ein. Er fährt: ab Falkenberg 8.15, ab Saxdorf 8.47, ab Burzdorf 10.10, ab Jakobsthal 10.40, in Röderau 10.52 Uhr. Der Aufenthalt in Burzdorf wird vom September ab also wesentlich verlängert.

Bockwitz. Die Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge in Walbaus Gasthof ist jetzt abends von 8 bis 10 Uhr geöffnet, um auch den tagsüber beschäftigten Frauen Gelegenheit zu geben, die Ausstellung zu besichtigen. Sonntag, den 4. August, ist sie geöffnet von 8 bis 7 Uhr nachmittags. An diesem Tage 3 Uhr nachmittags: Vortrag des Herrn Dr. Bloedner über: Die Krankheiten des Säuglings.

Lauchhammer. Kapitalserhöhung der A.-G. Lauchhammer. Die in Riesa abgehaltene Generalversammlung genehmigte einstimmig die beantragte Kapitalserhöhung von 6 Millionen Mark auf 9 Millionen Mark und stimmte auch den ferner beantragten Satzungsänderungen zu.

Briefkasten der Redaktion.

E. Z. Der Antrag kann gestellt werden, namentlich da der Vater über 42 Jahre alt ist. Ob aber die Versetzung wirklich bewilligt wird, ist eine andere Frage. Ein Zwang besteht nicht.

S. F. aus P. Bei Wiederverheiratung einer Kriegerwitwe „kann" eine Abfindung „bis zu" 1000 Mk. bewilligt werden. Ansprüche sind bei der Ortsbehörde (Kriegsfürsorgestelle) anzubringen.

Altenburg. Jawohl.

Kaffee Knäusel
Eigene Konditorei
Kaffee Knäusel
Frei-Konzert
Rannischestr. 7 · Telefon 4170
Sonntags von 3 Uhr an Konzert.
1448

Pfälzer Schießgraben.
Täglich: Gr. Frei-Konzert
der gesamten Görlach'schen Kapelle.
Anfang abends 7½ Uhr. 1464
Neues Operetten-Programm.
Ergebenst ladet ein Karl Henkelmann.

1879
Achtung! Konzerthaus Altenburger Hof
Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.
Täglich: Gr. Künstler-Konzert.
Kaffee mit Torte.
Freundlichst ladet ein Otto Kampe,
zurzeit auf Heimatsurlaub.

1198 Neue u. gebrauchte Möbel, Betten, goldene u. silberne Herren- u. Damen-Uhren, Bilder, Porzellan und viele andere Sachen zu verkaufen. Gebrauchte Sachen werd. jederzeit gekauft. Frau Rust, Sternstr. 6.

Ansichts-Postkarten
empfiehlt Die Volks-Buchhandlung.

C. W. Trothe
Optische Anstalt,
Fernspr. 2916.
1159
Gegr. 1816. Grosse Steinstrasse 16.

Zentral-Verband d. Zimmerer.

Zahlstelle Merseburg u. Umgegend.

Montag, 5. August 1918, pünktlich abends 7½ Uhr i. Saale (1 Tr.) d. „Tivoli" in Merseburg, Bahnhofstraße 5 (Endstation der elektrischen Bahn)

Außerordentl. Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Nutzen des Beitritts zur Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer. Die Beschlüsse der General-Versammlung am 2. u. 3. August in Halle a. d. S.

Referent: Kamerad **Baade** aus Hamburg, Vorsitzender der Kasse.

2. Die Errichtung einer Zahlstelle der Kasse und Wahl der Ortsverwaltung.
3. Sonstige Mitteilungen.

Kameraden! Besucht diese Versammlung vollzählig, denn das Thema derselben ist für jeden wichtig zu wissen. Die der Kasse bereits schon angehörenden Mitglieder und die, welche beitreten wollen, erhalten die Mitgliedsbücher gleich ausgestellt. *830

Die Verbandleitung.

Verein für Feuerbestattung
in Halle a. d. S. u. Umgegend e. V.
Mitgliederzahl etwa 1400, Jahresbeitrag 3 Mk.
Wir unterstützen unsere Mitglieder bez. deren Angehörige mit Rat u. Auskunft in allen Fragen der Einäscherung u. zahlen zu den Einäscherungskosten je nach der Dauer der Mitgliedschaft 30 bis 100 M. Zuschuss. Anmeldungen neuer Mitglieder durch Postkarte erbittet
*829 Der Vorstand.
T. 1293 (Vorsitzender), T. 3817 (Kassenführer).

Sämtliche Parteischriften empfiehlt Volks-Buchhandlung.

Vereins-Anzeiger

Z. Veröffentlichung periodisch wiederkehrender

Veranstaltungen

der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeit.-Sänger-Chor
Mittwoch
pünktlich abends ½9 Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark:
Singestunde.

Turnverein Fichte
Turnstund.: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestr.
Männer-Abteilung: Dienstag u. Freitag, abds. 8-10 Uhr.
Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.
Sonntags von 8—11 Uhr: Volkstümliches Turnen und Spiel auf dem Sandanger.

Touristen-Ver. „Naturfreunde". Sonntag, d. 4. Aug.: Allgem. Treffen auf dem Spielberg.

Schulbücher aller Art
empfiehlt die Volksbuchhandlung, Halle (Saale), Harz 42/44.

Mode-Zeitungen in grosser Auswahl.
Volksbuchhandlung Halle, Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß am 15. Juni 1918 unser innigstgeliebter Sohn und Bruder, der Pionier

Otto Herrmann

im blühenden Alter von 20 Jahren auch ein Opfer dieses schrecklichen Völkermordens geworden ist. Es war ihm in 18 Monaten nicht eine Urlaubsstunde vergönnt.

Dies zeigen schmerzerfüllt an:

Ferdinand Herrmann nebst Frau
geb. Bruehardt
und die Geschwister (ein Bruder z. Zt. im Felde)
nebst allen Angehörigen.

Halle (Trotharstr. 46), den 2. Aug. 1918.

Du warst so jung, Du starbst so früh,
Wer Dich gekannt, vergißt Dich nie!

1477

Am 30. Juli erhielten wir die furchtbar schmerzliche Nachricht, daß unser heißgeliebter, ältester Sohn und Bruder, der Gefreite

Albert Dannehl,

bei einem (Stab) Inf.-Reg., Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse, im blühenden Alter von 22 Jahren dem Völkermorden zum Opfer fiel. Seit Anfang des Krieges hat er alle Strapazen und schweren Kämpfe überstanden und mußte nun doch sein junges Leben lassen. 1487

Halle, 1. August 1918.

Die tiefgebeugten Eltern nebst Geschwistern.

Der Vater und noch ein Bruder im Felde.

Ruhe sanft in fremder Erde!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219180802-18/fragment/page=0006